

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 152.

Dienstag, den 2. Juli 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Forderung des Tages.

Daß Herr v. Bethmann-Hollweg ein großer Staatsmann oder auch nur ein geschickter Politiker sei, das wagen selbst seine glühendsten Bewunderer — wenn es deren überhaupt gibt — nicht zu behaupten. Wenn es hoch kommt, geben sie ihm das Zeugnis eines wohlmeinenden Mannes, der „über den Parteien“ zu stehen versuche, nennen ihn einen „korrekten Beamten“ und zollen ihm das Lob, daß er es „ehrlich meine“ — das Gerede von dem „Philosophen auf dem Kanzlersessel“ magt sich seit Jahr und Tag schon nicht recht mehr hervor. Andere Leute, die es der Mühe für wert halten, sich mit der Psyche des sozusagen leitenden Staatsmannes abzugeben, sind allerdings der Meinung, daß sich hinter diesem in die Politik verschlagenen Oberlehrer ein glatter Höfling, ein gewandter Streber verberge, im Vergleich zu dem selbst ein Bülow dem „kaiserlichen Herrn“ gegenüber ein aufrechter Mann gewesen sei; sie sind weiter der Meinung, daß dieser Mann mit den Allüren eines dozierenden Professors auch im Verhältnis zu seinen „nachgeordneten Instanzen“ und im parlamentarischen Kampfe die krummen Wege den geraden sehr skrupellos vorzuziehen wisse.

Uns scheint es nicht interessant genug, uns in diesen Streit um das Wesen des auf alle Fälle durchaus unbedeutlichen Herrn von Bethmann-Hollweg hineinzumengen. Wir erwähnten diese Meinungsverschiedenheiten auch nur, um darauf hinzuweisen, daß man auch außerhalb der Sozialdemokratie in die „Ehrlichkeit“ und „Aufrichtigkeit“ der Politik des fünften deutschen Reichskanzlers sehr starke Zweifel setzt. Doch bedürfen wir unsereits solcher psychologischen Aufklärung durch Gebärdenpäher und durch Hintertreppenspolitiker eigentlich kaum; denn in der Tat beweisen ja auch die öffentlich bekannten politischen Taten dieses Herrn, daß er — allerdings mit durchaus mangelhaftem Können — es nicht verschmäht, in der Politik die angenehmen Künste der Bauernfänger und Koftäuscher zur Anwendung zu bringen.

Eine der wesentlichsten Sinesen dieser Sorte von Politik besteht darin, Gesekentwürfe, die im Kern durchaus arbeiterteindlich und reaktionär sind, zu verquicken mit inhaltlosen und wertlosen Scheinkonzessionen an die „Linke“ und ihnen auf diese Weise das Mäntelchen fortschrittlicher Maßnahmen umzuhängen. So drapierte Herr von Bethmann-Hollweg im Februar 1910 seinen unreaktionären preußischen Wahlrechtsentwurf, der auf die Inzanie der Dreiklassenchande noch die Ungeheuerlichkeit des Mehrstimmenrechts der famoten „Kulturträger“ propfzte und der außerdem die öffentliche Stimmabgabe heibehielt, mit der vergleichsweise bedeutungslosen Abschaffung des indirekten Wahlverfahrens. So war auch die schamlose Arbeiterentziehung der neuen Reichsversicherungsordnung verquickt mit einigen unbedeutenden sozialpolitischen Konzessionen. Und diese politische Methode des Sand-in-die-Augen-Streuens setzte die Regierung des Herrn von Bethmann-Hollweg nun auch fort bei den Wehrvorlagen dieses Frühjahrs. Die gemeingefährliche Steigerung der Kriegesgefahr durch die Fortsetzung des Wehrtürens, die ungeheuerliche Mehrbelastung des deutschen Volkes durch Hunderte von Millionen neuer Rüstungsausgaben: diese Dinge suchte die Regierung dem Volke schmackhaft zu machen einmal durch eine (in der Regierungsvorlage zunächst obendrein noch weit hinausgeschobene und außerdem völlig unzulängliche) Erhöhung der Mannschaftslöhne, wie sie — allerdings weit durchgreifender — die Sozialdemokratie seit langem gefordert hatte, und zweitens durch die angebliche Aufhebung der bisher an die feudalen Schnapsbrenner Osteliens gezahlte Branntweinliebesgabe.

Es kann in diesem Zusammenhang ganz davon abgesehen werden, daß die paar Duzend Millionen, die durch die scheinbare Aufhebung der Liebesgabe (dies vielgebrauchte Wort stammt von dem konservativen Herrn v. Wedel-Matchow) jährlich der Reichskasse zufließen, natürlich auch nicht im entferntesten ausreichen, um die Kosten zu decken, die die neuen Wehrvorlagen der Reichskasse auferlegen. Wer wirklich noch daran gezweifelt hätte, daß man es auch hier mit nichts anderem zu tun hat als mit der Praktizierung des: „Sand in die Augen!“ den müßte jedenfalls der Rücktritt des Reichssekretärs Wermuth, der diese Art von „Kostendeckung“ für eine unwürdige Komödie hielt, eines Besseren belehrt haben. Aber ganz abgesehen davon: auch an sich betrachtet ist das Gerede von der Aufhebung der Liebesgabe und von der großen Konzession, die man damit an die Auffassungen der „Linken“ gemacht habe, nichts anderes als ein zwar raffiniert ausge-

dachter, im Grunde aber doch recht plumper Schwindel, ein Schwindel, auf den die deutsche Arbeiterklasse nun und nimmermehr hereinfallen wird.

Von den Rednern unserer Fraktion in der Kommission und im Plenum des Reichstages, besonders vom Genossen Wurm, ist wiederholt in unwiderleglicher Weise auseinandergesetzt worden, daß es sich bei dem neuen Gesetz keineswegs um eine Beseitigung, sondern nur um eine Verschleierung der Liebesgabe handelt. Solange nämlich die Bestimmungen über den sogenannten „Durchschnittsbrand“ und über den „Vergällungszwang“ (das ist das neue Wort für Denaturierung) in Kraft bleiben, solange ist an eine Verbilligung des Spiritus und damit an eine Schwämmerung des Profits der junkerlichen Spiritusfabrikanten gar nicht zu denken. Haben sich diese doch in ihrer berückichtigten Spirituszentrale, deren Direktor der bekannte konservative Abg. Kretsch ist, eine Institution geschaffen, die tatsächlich die Funktionen eines Monopols ausübt; dieses Privatmonopol, das infolge der Zollgesetzgebung keinerlei ausländische Konkurrenz zu fürchten hat, hat es verstanden, in scharfem Kampfe auch den (im Unterschiebe von den junkerlichen so genannten) gewerblichen Brennereien seinen Willen aufzuzwingen und bestimmt seit Jahr und Tag völlig selbstherrlich den Preis sowohl des Trinkbranntweins wie auch des für gewerbliche Zwecke bestimmten vergällten Spiritus. Diese Macht der Spirituszentrale hat es mit sich gebracht, daß die formelle Beseitigung der „Liebesgabe“, die vor 10 Jahren noch den Junkern sehr schmerzlich gewesen wäre, ihnen heute keinerlei Schaden mehr tun kann, so daß also Herr v. Bethmann-Hollweg diese famose „Konzession an die Linke“ ruhig machen konnte, ohne einen Konflikt mit seinen agrarischen Schützlingen befürchten zu müssen. Ja, noch mehr: wie diese Spirituszentrale die formelle Aufhebung der Liebesgabe sogar noch in eine Erhöhung des junkerlichen Extraprofits umzumünzen gedenkt, das hat Genosse Wurm im Reichstage deutlich genug gekennzeichnet, als er dort (am 21. Mai) ausführte: „Es ist ein offenes Geheimnis in den Fraktionen, daß dieses Gesetz noch eine neue Preissteigerung durch die Zentrale bringen wird und daß man bereits von einem festen Satz von 12 Mark spricht, den als Preis-erhöhung die Zentrale ins Auge faßt hat.“

Mit vollem Recht nannte Genosse Wurm den Effekt des ganzen Gesetzes einen neuen „Raub an den Armen der Armen“, die Schaffung „neuer Lasten für die ärmsten Schichten des Volkes.“

Wir beabsichtigen heute nicht, den Leser noch einmal in das wilde Labyrinth der einzelnen Bestimmungen der Branntweinsteuererhöhung in ihrer alten und neuen Fassung hineinzuführen. Worauf es uns hier ankommt, ist vielmehr die Beantwortung der Frage, auf welche Weise die Massen sich wirksam zu wehren vermögen gegen diesen neuen Raubzug, den unter der Firma einer Aufhebung der Branntweinliebesgabe die Koftäuscherpolitik des Herrn v. Bethmann-Hollweg und der bürgerlichen Reichstagsmehrheit ihnen beichert hat. Müssen die Massen in der Tat sich diese skandalöse neue Auswucherung stillschweigend gefallen lassen? Das brauchen sie nicht zu tun und das dürfen sie also auch nicht tun!

Wenn durch die Zollwucherpolitik das Brot schamlos verteuert wird, wenn die zum Zwecke des Sunkerschutzes, nicht des Seuchenschutzes, durchgeführte Grenzsperrung die Fleischpreise in ungeheurer Weise in die Höhe treiben, wenn durch Steuererhöhungen wie den vom Sommer 1909 die Preise von Streichhölzern, von Kaffee und Teemucherisch gesteigert werden: dagegen hat — außer seinen Protesten — das arbeitende Volk zurzeit noch kein wirksames Mittel direkter Abwehr, das also müssen, wenn auch zähneknirschend, die Ausgeplünderten wehrlos über sich ergehen lassen. Anders aber liegen die Dinge beim Branntwein! Der Schnaps ist kein unentbehrliches Nahrungsmittel, der Schnaps ist auch durchaus kein unschädliches Genussmittel! Zum Schnaps trinken kann niemand und nichts die Arbeiter zwingen! Durch den Schnapsgenuß zahlen die Arbeiter nicht nur dem Klassenstaate für seine barbarischen und gemeinschädlichen Rüstungswerke eine freiwillige Steuer, durch den Schnapsgenuß schenken sie nicht nur den brutalsten und gefährlichsten Feinden ihrer Klasse, den ostelbischen Junkern, den Klassenfeinden der Kröcher und Oldenburg, der Kretsch und Westarp, nach wie vor „Liebesgaben“ auf „Liebesgaben“ zu, die diese nach des Grafen Posadowsky bekanntem Worte dazu benötigen, um ihren Söhnen bei feudalen Reiterregimentern eine „standesgemäße“ Lebensführung zu ermöglichen — durch den Schnapsgenuß schädigen die Arbeiter auch direkt sich selbst, ihre Gesundheit, ihr Familienglück, ihre Widerstandsfähig-

keit gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung in der schwersten Weise!

Deshalb war der Beschluß des Leipziger Parteitagcs von 1909, der den allgemeinen Branntweinboykott proklamierte, weit über seine nächsten politischen Zwecke hinaus eine kulturelle Tat ersten Ranges. Wie sehr in rückständigen Gegenden, in denen die Schnapspest bis dahin noch arg grassierte, die Durchführung des Branntweinboykotts dazu beigetragen hat, der Arbeiterbewegung die Bahnen zu rascherem Aufstieg zu ebnen, läßt sich kaum ermessen.

Aber so segensreich er auch gewirkt hat: völlig hat der Branntweinboykott seine Mission noch lange nicht erfüllt. Und gerade die gesetzgeberischen Taten des Reichstages vom Mai dieses Jahres, von denen wir hier sprachen, müssen der Arbeiterschaft allerorts ein Ansporn sein, den Boykott des Branntweins nicht nur mit aller Kraft weiterzuführen, ihn vielmehr auf der ganzen Linie entschieden zu verschärfen. Jene Beschlüsse des Reichstages bieten nicht den allermindesten Anlaß, in der Durchführung des Boykotts lauer und lässiger zu werden. Ganz im Gegenteil: alle die Gründe, die im Jahre 1909 den Leipziger Parteitag zu seinem Beschluß bestimmten, bestehen heute in dreifacher Geltung fort! Nur auf dem Wege des verschärften Branntweinboykotts ist es möglich, die Koftäuschertricks der neuesten Branntweingesehgebung unwirksam zu machen. Diese Erkenntnis muß in die weitesten Kreise des vom Sunkertum, der Regierung und der Reichstagsmehrheit abermals geprellten deutschen Proletariats hinausgetragen werden. Jeder einzelne deutsche Arbeiter muß sich bewußt werden, daß er selbst durch Disziplin, durch entschiedenes Einsehen seiner Person, durch ein ganz geringes persönliches Opfer, das in Wahrheit gar kein Opfer, sondern vielmehr einen beträchtlichen Gewinn für ihn bedeutet, dazu beitragen kann, die schlimmsten Feinde seiner Klasse und den Staat seiner Ausbeuter an der Stelle zu treffen, an der sie am empfindlichsten sind: am Geldbeutel! Und gerade dieses Moment der konsequenten Selbsterziehung des einzelnen, der Gewöhnung des einzelnen daran, sich mit seiner Person einzusetzen für den Kampf seiner Klasse, erscheint uns bei der Beurteilung der Boykottaktion ganz besonders bedeutungsvoll.

So ist denn für alle unsere Genossen, für die Parteipresse und für die Organisationen der Partei die verschärfte Durchführung des von den Parteitagcn in Magdeburg und Sena bestätigten Leipziger Boykottbeschlusses die Forderung des Tages!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Repräsentation der politischen Intelligenz möchte Professor Hans Delbrück, wie er in den „Preuß. Jahrbüchern“ darlegt, das — preußische Herrenhaus machen. Er meint, das könnte dadurch geschehen, daß die Regierung sich entschloße, im Herrenhaus die Mitglieder aus dem Erwerbs- und Gelehrtenstande, aus den Stadträten, Rechtsanwälten, Ärzten, Lehrern, Schriftstellern recht wesentlich und ohne Rücksicht auf die Parteistellung, nur auf die Persönlichkeit lehend, zu vermehren. ... „Zunächst würde das Herrenhaus selber an Ansehen gewinnen; heute wiegt der agrarisch-feudale Charakter so sehr vor, daß die hohe Körperschaft in der öffentlichen Meinung „zwar“ als sehr vornehm gilt, aber doch bloß als eine einseitige Klassenvertretung angesehen wird und eine moralische Autorität nicht entwickeln kann. Im Gegenteil, wenn man vom Herrenhause spricht, geschieht es nur zu leicht in der Art, daß man die Frage aufwirft, ob es überhaupt noch existenzberechtigt sei. Diese Frage würde nicht mehr aufgeworfen werden, wenn man in der öffentlichen Meinung das Gefühl erweckt, daß die verschiedenen Interessen innerhalb des preußischen Staates und Volkskörpers hier nicht nur in billiger Weise gleichmäßig vertreten seien, sondern daß das hohe Haus auch eine Sammelstelle bilde für geistige und politische Kräfte, die im Abgeordnetenhaus oder im Reichstag nicht zu Worte zu kommen vermögen und deren das Staatswohl doch nicht entraten kann, ohne Schaden zu leiden. Diese Erwägung wird noch an Kraft gewinnen, wenn man sich klar macht, daß die Reform des Wahlrechts zum preußischen Abgeordnetenhaus, mag sie nun heute oder morgen oder erst übermorgen kommen, doch auf die Dauer nicht zu vermeiden ist und in diesem Hause einen viel mehr demokratischen Charakter als heute verleiht wird. Dem demokratisierten Abgeordnetenhaus gilt es dann um so mehr im Herrenhause eine nicht bloß konservative, sondern auch moralisch

möglichst gewichtige Potenz an die Seite zu setzen, und das geschieht nicht, wenn man dem Herrenhause seine jetzt noch vorwaltende feudalaragrarische Einseitigkeit bewahrt, sondern indem man seine Basis in wirklicher Weise verbreitert und es zu einer Repräsentation der politischen Intelligenz umschafft.

Welch ein erhabener Gedanke dies ist, kommt am besten zum Bewußtsein, wenn man bedenkt daß es die — preussische, aus Junkern und Bürokraten zusammengelegte Regierung ist, die durch ihre Ernennungen die „Repräsentation der politischen Intelligenz“ schaffen soll. Die Regierung steht im Banne der Junker, die bisher die dominierende Macht im Herrenhause noch viel mehr haben, als im Abgeordnetenhaus. Und sie werden sich nicht einfach durch die Massenernennungen aus der Intelligenz das Heft aus den Händen winden lassen. Aber auch abgesehen davon wird kein Herrenhaus, dessen Mitglieder von der Regierung ausgewählt werden, die „moralisch gewichtige Potenz“ darstellen, die Delbrück als Gegengewicht gegen das demokratisierte Abgeordnetenhaus gewinnen möchte.

Reichstagsnachwahl in Bayern.

Reichstagsabgeordneter Bachmeyer, der Vertreter des Wahlkreises Niederbayern IV, ist, 60 Jahre alt, in Pfarrkirchen gestorben. Bachmeyer wurde bei der letzten Wahl im ersten Wahlgange als Kandidat des bayerischen Bauernbundes mit 9882 Stimmen gegen 7722 Zentrum- und 1228 sozialdemokratische Stimmen in den Reichstag gewählt, schloß sich aber keiner Partei an.

Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse.

In der Nummer des „Reichsanzeigers“ vom Montag wird ein Gesetz über die Bemittlung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und gering besoldeten Beamten veröffentlicht. Durch dieses Gesetz werden für den genannten Zweck wieder 14 Millionen Mark flüssig gemacht.

Nationalliberale Sondergründung in Hessen.

Im Vereinshaus des Kaufmännischen Vereins zu Frankfurt a. M. fand am Sonntag die aus allen Kreisen des Großherzogtums Hessen gut besuchte Gründungsversammlung der „Freien politischen Vereinigung hessischer Nationalliberaler“ statt. Die Versammlung beschloß, einen Aufruf an alle hessischen nationalliberalen Parteifreunde zu erlassen, in dem es heißt: „Zweck der Vereinigung ist organisatorische Tätigkeit auf dem Boden des nationalliberalen Parteiprogramms, Bekämpfung unberechtigter Einflüsse wirtschaftlicher Verbände auf die Politik und die Organisation der nationalliberalen Partei, Schaffung einer Finanz- und Arbeitsgemeinschaft zur Erreichung dieser Zwecke, Schaffung einer gemeinschaftlichen Geschäftsstelle und Korrespondenz. Darüber hinaus ihre Mitglieder politisch zu binden oder auf ihre politische Stellungnahme einzuwirken, lehnt die Freie Vereinigung ausdrücklich ab. Wir wollen keine Kampforganisation sein, wir wollen ruhige sachliche Arbeit ohne Streit und Haß leisten, unabhängig und unbeirrt von rechts und links, zum Wohl der Partei, zum Wohl des Vaterlandes.“

Die Emdener Auswanderer-Konzeption.

Im „Tag“ verteidigt Leo Solles den Bundesrat, der dem Fürstentum die Auswandererkonzeption zugunsten der „Hapag“ und des Lloyd verweigerte. Er schließt seinen Artikel wie folgt: „Es würde den Grundgedanken einer gesunden Volkswirtschaft ins Gesicht schlagen, beträchtliche Summen arbeitenden Kapitals zum Besten einer Spekulation zu opfern. Denn die Gründung einer neuen Schiffsahrtsgesellschaft ist eine Spekulation. Wer leistet die Garantie, daß der Strom der Auswanderer und Waren sich willig nach dem neuen Nordseehafen leiten läßt? Kann man Rotterdam und Antwerpen mit Gewalt ihrer Zufuhr an Menschen und Gütern berauben, um Emden zu versorgen? Die Ziffern, die das fürnliche Projekt illustrieren, beweisen nichts für die Lebensmöglichkeiten des Emdener Hafens. Der Weltverkehr hat seine Linien festgelegt. Wer darf sich vermaßen, neue Wege in dieses Riesengebiet zu graben?“

Anderer Ansicht ist bekanntlich die „Niederrheinische Westfälische Zeitung“, die gegen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ polemisierte. Ihr folgt jetzt die „Kreuzzeitung“. Das Sunkerbrot liegt dem Kanzlerblatt in folgenden Worten den Text: „Es fehlt in dem offiziellen Artikel jede Berücksichtigung der Tatsache, daß die größten deutschen Schiffsahrtsgesellschaften aus handelsrechtlichen Interessen Emden bisher gar nicht berührt haben, woraus doch wohl zu schließen ist, daß sie künftig für Emden auch nur eben das Nötigste tun werden, nur um dort keine Konkurrenz aufkommen zu lassen. Schon aus diesem Grunde sollte doch die preussische Regierung selber die Gründung einer besonderen Emdener Schiffsahrtsgesellschaft begünstigen, statt das Monopol der Hanseaten zu stärken. . . Die Aktionäre und Obligationäre der hanseatischen Reedereien beziehen nur ihre bescheidenen Zinsen; der Kapitalumschlag der beiden Gesellschaften, an dem ein Heer von Lieferanten und Arbeitern mit ihrem wirtschaftlichen Anhang verdient, vollzieht sich hauptsächlich in den beiden Hansestädten, und eben hiervon möchte Emden und sollte eigentlich Emden, als Haupthafen des preussischen Hinterlandes, mitbedienen. Der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ scheint dieser Zusammenhang der Dinge noch nicht recht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Man muß die Angelegenheit im Abgeordnetenhaus gründlicher erörtern, als sie im Bundesrat erörtert worden ist.“

Die Christlichen in der Bedrängnis.

Der Streit um die christlichen Gewerkschaften ist auf das Rechtswort der Bischöfe im Zentrumslager beigelegt worden. Gar nicht erhaben davon ist aber die andere christliche Seite, die mit Recht auf die Macht der katholischen Kirche bläst, die diese über die katholischen Arbeiter und die christlichen Arbeiterorganisationen ansieht. Offener im Hinblick auf die Lage der selben in Eger heißt die „Tägliche Rundschau“. Sie weist auf die Verhandlungen der katholischen Bischöfe hin und vergleicht damit die

Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften, um zu folgendem Resultat zu kommen: „Wir haben angefangen dieser Haltung noch einmal alle die Erklärungen der Gewerkschaftsvorstände durchgelesen, ob sich hier eine Garantie für die protestantischen Gewerkschaftler finde, die sie von den Weisungen und Entscheidungen des Klerikalismus unabhängig macht. . . Es fehlt die einfache und entscheidende Erklärung: wir haben uns zusammengetan, der Klerus hat uns als interkonfessionellen Gewerkschaften keine Weisungen zu geben, wir bleiben zusammen, selbst wenn der Klerus es anders wollte! Wohl behauptet die Gewerkschaftskorrespondenz, der „Papst gibt den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften keine Weisungen“, aber zugleich wird zugegeben, daß „in dieser Streitfrage“ für den katholischen Volksteil Papst und Bischöfe die „zuständige Instanz“ sind. Verbiethet also der Klerus den katholischen Arbeitern den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften, so sind sie verloren. Die unerträgliche Abhängigkeit der evangelischen Volksgenossen also ist unbestreitbar, und bisher fehlt ein offizieller Gewerkschaftsbeschluß, der hier irgendwelche Sicherheit böte. Umso kräftiger sollten nun evangelische Arbeitervereine und Gewerkschaftsführer ihre Stimme erheben und in dieser unbehaglichen Abhängigkeit von den Entscheidungen des römischen Klerus durch ihre katholischen Verbandsgenossen Sicherungen verlangen. Leider schweigen die protestantischen Arbeiterverbände bisher, und was uns von Äußerungen christlicher Gewerkschaftssekretäre zu Gesicht gekommen ist, das führt eine wenig imponierende Sprache. Nicht die Rücksicht auf den voraussetzlichen Ausgang dieses Streites, sondern die Tatsache, daß hier klerikale Machtansprüche die Anstrengung nationaler Ziele fördern, daß evangelische Volksgenossen in Abhängigkeit von den Entscheidungen des römischen Klerus geraten, macht es den berufenen Kreisen zur Pflicht, zur Wahrung der nationalen und protestantischen Interessen in der Gewerkschaftsfrage auf der Wacht zu stehen.“

Der christliche Gewerkschaftsstreit wird also noch weite Kreise ziehen. Bald werden die braven Christen in Zweifel geraten, von welchen Stellvertretern Gottes sie die Sanktionierung ihrer Gewerkschaftsarbeit erbitten sollen, ob von den den Geschorenen oder von den Geschickelten.

Türkei.

Das Politik-Verbot an Offiziere. In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer war der Saal dicht gefüllt. Der Kriegsminister und der Marineminister waren anwesend. Der Berichterstatter legte die Motive zu dem Gesetzentwurf dar, wodurch den Offizieren die Beschäftigung mit Politik verboten wird. Die Kommission hat eine Bestimmung hinzugefügt, wonach die Offiziere keine politischen Artikel schreiben dürfen. Dann ergriff Kriegsminister Schewket Pascha das Wort zu längeren Darlegungen. Er gab eine geschichtliche Darstellung der Wiederherstellung der Verfassung und bemerkte, die Armee habe, um das Werk des Komitees zu unterstützen, sich mit der Politik befassen müssen. Er habe damals nicht eingreifen können. Als er später Kommandant des dritten Korps geworden sei, habe er dahin gewirkt, die Offiziere an der politischen Betätigung zu hindern. Die Vorgänge am 13. April hätten jedoch die Armee gezwungen, von neuem in die Politik einzugreifen. Nach Wiederherstellung der Ordnung habe der Minister als Oberbefehlshaber der Okkupationsarmee nicht aufgehört, gegen die Einschüpfung der Offiziere in die Politik zu predigen. Der Minister tabelte und verdammt mit heftigen Worten die desertierten Offiziere, die die Soldaten verführt hätten, indem sie ihnen sagten, daß die Regierung das Land verkaufe. Eine Reihe von Deputierten der Mehrheit betonte die Notwendigkeit des Gesetzentwurfes. Das Mitglied der Entente Liberale Ali Ghali verlangte einen Aufschub des Gesetzes, da dessen Ausführung im gegenwärtigen Augenblick unmöglich sei. Man müsse zunächst nach den Gründen der Desertionen in Monastir forschen. Als der Redner von dem Komitee sprach, das sich der Offiziere bediente, um zu herrschen, entstand ein großer Lärm. Heftige Protestrufe wurden laut. Eine Anzahl Abgeordnete wollte nicht zulassen, daß der Redner die Beschuldigungen der Armee fortsetze. Der Präsident unterbrach den Redner und forderte die Kammer auf, dem Redner einen Sadel auszupressen und ihn nicht weiter reden zu lassen. Der Präsident erklärte, die Handlungen einiger Offiziere könnten nicht auf die ganze Armee zurückfallen. (Beifall.) Ali Ghali wurde genötigt, von der Tribüne herabzusteigen. Der Lärm und die Zwischenrufe hielten einige Zeit an.

Amerika.

Zur demokratischen Nationalkonvent hat man sich trotz 33 Abstimmungen noch immer nicht über den Präsidentschaftskandidaten geeinigt. Während Blarks Stimmen abnehmen, steigen diejenigen Wilsons. Letzterer hat bereits 477 Stimmen auf sich vereinnigt, während Blark auf 447 Stimmen zurückgegangen ist.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 2. Juli.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern abend im Gewerkschaftshaus tagte, erzielte sich eines guten Besuchs. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der im Juni monath verstorbenen Genossen Mahne, Mathies und Koch in der üblichen Weise geehrt. Hierauf erstattete Genosse Bromme die Abrechnung vom zweiten Quartal. Siner Einnahme von 12910.50 Mk. stehen 4305.24 Mk. Ausgaben gegenüber, sodas ein Kassabestand von 8605.26 Mk. vorhanden ist. Die Mitgliederzunahme im zweiten Quartal betrug 24. Dieser steht ein Abgang von 110 gegenüber. Der Jahresabschluss ergab eine Gesamtzunahme von 37 560.30 Mk. Die Ausgaben beliefen sich auf 28 974.74 Mk. darunter 6645.28 Mk. für die Reichstagswahl und 1882.65 Mk. für die Bürgerchaftswahl. Den Jahresbericht des Vorstandes erstattete der Parteisekretär Genosse Wramme. In den einleitenden Worten wurde konstatiert, daß unsere Bewegung ständige Fortschritte macht. Das vergangene Geschäftsjahr brachte der Parteileitung und den tätigen Genossen reichliche Arbeit. Dazu forderten schon die beiden wichtigsten politischen Kämpfe heraus. Es müßte anerkannt werden, daß die physische und finanzielle Anspannung der Genossen mühselig gewesen ist. Auf dem Landgebiet konnten im Berichtsjahre drei neue

Ortsgruppen errichtet werden, und zwar in Moorhagen, Schönböcken und Oberbüßau, sodas wir mit 9 ländlichen Ortsgruppen abschließen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des vorigen Geschäftsjahres 4708, worunter 500 weibliche. Neueingetretene sind im Laufe des Jahres 1092, 215 Genossen sind von auswärts zugereist, sodas ein Zugang von 1307 zu verzeichnen war. Ausgetreten sind 106, abgereist 417 Genossen, 29 Restanten oder unbekannt Verzagene mußten gestrichen werden, 18 sind verstorben. Die Mitgliederzunahme beträgt demnach netto 738 und am 30. Juni zählten wir 5446 Mitglieder. Darunter befinden sich 644 Genossen. Der großstädtliche Charakter des libischen Proletariats geht aus dem häufigen Wohnungswechsel hervor. Im letzten Jahre wechselten 1244 Mitglieder ihre Wohnung. Es ist schon aus dem Grunde auf strikte Durchführung der sofortigen Wohnungsmeldung zu achten. Auch bei dieser Gelegenheit wird an die Mitglieder die Mahnung gerichtet, im Parteisekretariat nicht nur den Umzug zu melden, sondern auch Meldung zu machen, wenn sie nicht regelmäßig kassiert werden. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 19 Sitzungen. Vorstand und Ausschuß hielten 11 Zusammenkünfte ab. Es fanden in Lübeck 13 Mitgliederversammlungen statt, die sich mit den verschiedensten Gebieten beschäftigten. In den ländlichen Ortsgruppen fanden 68 Mitgliederversammlungen statt. Am 25. Oktober fand in Berlin eine Konferenz der Landesvorstände statt, die sich mit der damals noch bevorstehenden Reichstagswahl beschäftigte. An ihr nahm Genoss Bromme teil. Zu einer zweiten Konferenz, auf der die bei der Reichstagswahl gemachten Erfahrungen ausgetauscht wurden, war Genosse Paul Löwigt delegiert. Öffentliche Volksversammlungen haben 82 stattgefunden. Davon entfallen 16 auf die Bürgerchafts- und 44 auf die Reichstagswahl. Die schriftliche Agitation hat im Berichtsjahre den Umfang des Vorjahres weit übertraffen. Es wurden verbreitet: 352 000 Flugblätter, 11 700 Broschüren, 4000 Agitationskalender, 24 500 Exemplare Landarbeiter und 62 200 Exemplare „Lübecker Volksbote“. Die Bürgerchaftswahl in allen städtischen Bezirken in der zweiten Wählerklasse den Sieg unserer Kandidaten. Unsere Stimmzahl vermehrte sich von 3767 im Jahre 1909 auf 3972. Die Stimmzahl der bürgerlichen Kandidaten sank von 1185 auf 1063. Auch in der ersten Wahlabteilung haben wir eine Zunahme unserer Stimmzahl zu verzeichnen. Bemerkenswert war es, daß die Kritikassen sich in der heftigsten Weise befanden. Ein elchasther Kampf um die Futtertruppe. Das war die Signatur der letzten Bürgerchaftswahl auf der Seite der Privilegierten. Auf dem Landgebiet galt es diesmal im Travemünder Winkel zu fechten. Leider gelang es nicht unseren Genossen Schwarz durchzubringen. Die Gegner arbeiteten mit den niedrigsten Mitteln der Verleumdung, Beschimpfung und Verdächtigung unserer Genossen und unser Kandidat wurde als Feind Travemündes in der verlogenen Art gekennzeichnet. Doch das Eis wird auch in diesem Winkel noch schmelzen. Unsere Stimmzahl hat sich fast verdreifacht. Durch rastlose und intensive Arbeit wird auch dieser Kreis von der Sozialdemokratie erobert werden. Aus dem Kapitel „Gemeindevahlen“ ist die Gemeindevorstandswahl von Moisling hervorzuheben. Trotz dreimaliger Wiederwahl wurde dem Genossen Schomann die Bestätigung versagt. Das Stadt- und Landamt hielt seine Ungerechtigkeit aufrecht und ernannte einen Mann von „guter Gesinnung“. Der Vorgang soll uns ein Ansporn sein, mehr als bisher unsere Aufmerksamkeit den ländlichen Gemeindevahlen zuzuwenden. Das Kapitel „Reichstagswahl“ können wir im Bericht übergehen. Die Leser haben jedenfalls die Vorgänge noch aus dem ausführlichen Bericht in Erinnerung, den Genosse Bromme in der Februar-Versammlung darüber erstattet hat. Das Resultat hat uns für unsere Arbeit reichlich entschädigt. 1700 Stimmen Zuwachs, fast 1300 Stimmen Majorität und fast 300 neue Mitglieder während des Wahlkampfes, das zeugt von der rastlosen Arbeit des Wahlkomitees und der tätigen Genossen. Wir haben die absolute Mehrheit nicht nur in der inneren Stadt und in den Vorstädten, sondern auch auf dem Landgebiet. Sogar die fast hermetische von der Bezirksverwaltung unterstützte Abschließung der Wähler auf dem Hochhofenwert war vergebens. Auch dort holten wir die Mehrheit der Stimmen heraus. Und wenn die Gegner für ihren Herdengang die Nichtwähler veranwortlich machten und mit ihnen das Mandat zu erlangen glaubten, so war das ein Köhlerglaube. Auf Grund unserer statistischen Untersuchungen bürgte die soziale Struktur dieser Kategorien dafür, daß auch da die Mehrheit auf unserer Seite gewesen wäre. Wenn wir diese erfreulichen Erfolge aufzuweisen haben, so ist ein großer Teil davon der Einigkeit in unserer Organisation zuzuschreiben. Die Mafkeler war insofern bemerkenswert, daß die Behörde zum ersten Male einen öffentlichen Platz dafür zur Verfügung gestellt hatte. Wenn auch durch die schwache Beteiligung der Fabrik- und Metallarbeiter die Arbeitsruhe nicht zugenommen hat, konnten wir uns mit unserem Demonstrationszuge immerhin sehen lassen. Für den Mafkeler haben in diesem Jahre nur die Holzarbeiter für eine Ausperrung von Tischlern bei Blum und Sohn eine Forderung geltend gemacht. Verwaltung und Verwendung der Gelder ist durch ein zwischen Partei und Gewerkschaftsvertretern vereinbartes Regulatorium geregelt worden. Die nach den Nürnberger und Jenaer Parteitagsbeschlüssen abzuzuführenden Tagegelder sind bis auf einen von allen in Frage kommenden Genossen abgeführt worden. Die Bildungsarbeit ist durch einen vier Abende umfassenden Vortragskursus des Genossen Dr. Dunter — über deren Feinerzeit ausführlich berichtet wurde — gefördert worden. Das Thema „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen“ war mit Rücksicht auf die Wahlen ausgewählt worden. In Erkenntnis, welche eine wertvolle Ergänzung der Bildungsarbeit die Bibliothek bietet, hat die vorjährige Generalversammlung der Genossenschaftsbücherei 150 Mk. übermessen. Um das Bildungswesen noch stärker zu organisieren, ist kürzlich ein Bezirksbildungsausschuss für Lübeck und Mecklenburg errichtet worden, der seinen Sitz in Lübeck hat. Ihm gehören außer einem Rostocker Genossen die Genossen Bromme, Diez, Engel, Löwigt, Mehrlein, Nitsche und Stellung an. Die Jugendbewegung soll durch ein am 1. Oktober zu errichtendes Jugendheim gefördert werden. Mit Rücksicht darauf, daß der Jungdeutscher Land-Bund alles aufbietet, die schulentlassenen Arbeiterkinder zu tödern, sei es die Pflicht der Väter und Mütter der Arbeiterklasse, ihre Söhne und Töchter der freien Jugend zuzuführen, sobald sie die Schule verlassen. In seinem Schlußwort sprach Genosse Bromme den Wunsch aus, daß auch in Zukunft ein einiges Zusammenhalten in der Wahlkreisorganisation vorhalten möchte. Immer umfangreicher und vielfältiger würden die Aufgaben, die die Partei zu erfüllen hat, damit wachsen auch die Anforderungen, die die Partei an die Genossen stellt, desto mehr gleichgültige und abseits stehende müßten für die aktive Tätigkeit der Partei gewonnen werden. Denn es gelte nicht nur eine Parteiorganisation von beachtlicher Stärke zu haben, sondern wir wollen die wirtschaftlich, geistig und politisch Unterdrückten mit dem sozialistischen Denken, Fühlen und Wollen erfüllen. Hierauf berichteten die Genossin Schlomer über die Frauenbewegung und der Genosse Mehrlein die

Ratete den Bericht der Kinderbeschützkommision. Er beklagte, daß in sehr vielen Fällen auch nach Mißhandlungen der Kinder vorkommen und führte zahlreiches Material über die Notwendigkeit dieser segensreich wirkenden Kommissionen an. Die Vorstandswahl ergab die einmütige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Der Vorstand setzt sich also für das Geschäftsjahr 1912/13 wieder aus den Genossen B. Löwigt, W. Bromme, G. Diez, G. Ehlers und der Genossin Schömer zusammen. Zu Revisoren wurden die Genossen D. Ibrich, W. Böker und Zimmermann wiedergewählt. Die in den Distriktsversammlungen wiedergewählten Distriktsführer wurden sämtlich von der Generalversammlung bestätigt. Von den Boten hatte vor kurzem der Genosse Stender sein Amt niederlegen müssen, weil ihm die Zeit fehlt, es auszufüllen. An seine Stelle wurde der Genosse Otto Maack gewählt. Die übrigen elf Boten wurden sämtlich wiedergewählt. Der Vortrag des Genossen Dr. Schlomer über die Wohnungsfrage wurde wegen der vorgezogenen Zeit auf eine spätere Versammlung verschoben. Unter Verschiedenem wurde zunächst beschlossen, den Betrag von 200 Mk. der Genossenschaftsbibliothek zu überweisen. Dann begründete Genosse Maack einen Antrag des 9. Distrikts, in allernächster Zeit die Wahlrechtsfrage auf die Tagesordnung der Versammlung zu setzen. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Parteileitung zu geeigneter Zeit die Wahlrechtsfrage wieder aufnehmen würde. Hierauf teilte Genosse Bromme — als Kassierer des Maifonds — mit, daß alle noch ausstehenden Beträge bis auf den des Genossen Salamon an den Maifonds abgeliefert worden sind. Genosse Salamon habe brieflich um Erlass nachgesucht und mißliche — durch Todesfall und Krankheit in der Familie verursachte — finanzielle Verhältnisse dafür vorgeschickt. Die Parteileitung habe sich eingehend mit dem Fall beschäftigt und sei zu dem Entschluß gekommen, Ausnahmefälle nicht gelten zu lassen. Genosse Salamons Verhältnisse ermöglichen sehr wohl die Abführung des Maifondsbeitrages. Der Vorsitzende Genosse Löwigt beantragte dann im Namen der Parteileitung, gegen den Genossen Salamon das Ausschlußverfahren einzuleiten. Genosse Salamon, der hierauf zum Wort kam, schweifte in seinen Ausführungen erheblich von seiner brieflichen Begründung ab, hob seine alte Gegnerchaft gegen die Maifeier hervor und betraf sich auf einen Beschluß des Buchdruckerverbandes, der die Maifeier beseitigt wissen will. Vom Genossen Stellung wurde ihm plausibel gemacht, daß er auch als Gemeinheitsmitglied die Verpflichtungen erfüllen müsse, denn die Maifondsfrage sei auf Grund von Vereinbarungen zwischen Partei und Generalkommission der Gewerkschaften geregelt worden. Nach einer langen zum Teil erregten und von Zwischenrufen vielfach unterbrochenen Debatte, an der sich außer dem Vorsitzenden Genossen Löwigt noch die Genossen Gustav Ehlers, Haase, Scharf, Beck und Salamon beteiligten, wurde gegen eine Stimme beschlossen, den Genossen Salamon aus der Partei auszuschließen. Hierauf wurde die Versammlung gegen Mitternacht geschlossen.

Übertragung der Wahrnehmung der höheren Verwaltungsbehörde für das Gebiet der Krankenversicherung sowie des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung auf das Oberversicherungsamt. Der Senat macht bekannt: Auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats vom 22. Dezember 1911, betreffend Übergangsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung, bestimmt der Senat, was folgt: Für das Gebiet der Krankenversicherung wird bis zu dem Tage, an dem die Vorschriften des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung in Kraft treten, das Oberversicherungsamt zur höheren Verwaltungsbehörde (§ 84 des Krankenversicherungsgesetzes) an Stelle des Senatsausschusses für Gewerbe- und Versicherungswesen bestimmt. Für das Gebiet der Unfallversicherung wird bis zu dem Tage, an dem die Vorschriften des Dritten Buches der Reichsversicherungsordnung in Kraft treten, das Oberversicherungsamt zum Schiedsgericht für Arbeiterversicherung an Stelle des bestehenden bestimmt. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Juli 1912 in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt wird die Vorschrift des § 2 der Bekanntmachung vom 27. April 1902 zur Ausführung des Gesetzes vom 15. Juni 1883, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, aufgehoben.

Ein Sonderzug nach Hamburg, zu dem Fahrkarten zu dem ermäßigten Preise von 3 Mk. für die Hin- und Rückfahrt dritter Klasse ausgegeben werden, wird am Sonntag, dem 7. Juli, morgens 9.40 Uhr, vom hiesigen Bahnhof abgefahren. Ankunft in Hamburg 10.50 Uhr. Die Rückfahrt hat am Abfertigungstage mit allen Personen- und Gütlagen zu erfolgen. Benützung der D-Bilge auch gegen Zuschlag nicht gestattet.

Risiko der Arbeit. Auf der Düngersfabrik in Dänischburg kam gestern Abend 7 1/2 Uhr der Arbeiter Wohnsack aus Schwartau dadurch zu Schaden, daß ein beladener Kippwagen aus den Schienen sprang und ein Rad desselben ihm einen Fuß schwer verletzte. B. wurde per Droschke in seine Wohnung geschafft.

R. Schwurgericht. Erste Sitzung. Das Schwurgericht verhandelte gestern gegen die Ehefrauen Sch. und B. und gegen den Heilgehilfen H. wegen Verbrechens gegen das keimende Leben. Frau Sch. war vor kurzem bereits zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt worden. Diesmal wurde sie nun u. a. beschuldigt, bei einem jungen Mädchen Manipulationen vorgenommen zu haben, sodas dieses bald darauf im Krankenhaus starb. Die Angeklagte gab von vornherein zu, Frau B. auf deren Bitten hin aus Mitleid behilflich gewesen zu sein. Sie bestritt aber ganz entschieden, mit dem verstorbenen jungen Mädchen etwas zu tun gehabt zu haben. Der Angeklagte H. sollte dieses Mädchen zu Frau Sch. geschickt haben. Zwar hatte dieses auf dem Krankenbett ihrer Mutter gegenüber geäußert, sie sei bei Frau Sch. gewesen, zu der sie H. hingeschickt habe; im allgemeinen konnte aber diesen hierbei in Frage kommenden Angeklagten nichts nachgewiesen werden. Die Geschworenen verneinten infolgedessen diese Schuldfragen und sprachen nur Frau Sch. in dem Falle B. und somit auch die Angeklagte H. schuldig. Das Gericht verurteilte Frau Sch. zu sechs Monaten Zuchthaus und Frau B. zu sechs Monaten Gefängnis. Der Angeklagte H. wurde freigesprochen. Die Strafe der Frau Sch. wurde mit der von der Strafkammer gegen sie erkannten zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus zusammengezogen.

Von der nationalen Schweinepeste. Die Schweinepest unter dem Schweinebestande der hiesigen Staatsirrenanstalt ist erloschen. — Unter dem Schweinebestande des Arbeiters Heinrich Maack hier, Schwartauer Allee 168, ist die Schweinepest amtlich festgestellt worden.

Brieftelegramme. Die Einrichtung der Brieftelegramme besteht bekanntlich in der Hauptsache darin, daß die größeren Telegraphenämter mit Nachdienst gegen wesentlich ermäßigte Gebühren bei Nacht Telegramme austauschen, die morgens mit der gewöhnlichen Post bestellt werden. Brieftelegramme sind jetzt im inneren Verkehr von Deutschland, Österreich, Frankreich und Belgien zugelassen. Es ist wohl zu erwarten, daß die Einrichtung zwischen den Ländern später zu einer gegenseitigen gemacht wird. Währenders besteht bei der Reichspostverwaltung keine grundsätzliche Ablehnung,

wenn man auch wohl erst die Ergebnisse der neuen Einrichtung im inneren Verkehr abwarten will. Der erste internationale Austausch von Brieftelegrammen ist jetzt zwischen Frankreich und Belgien eingeführt worden. Die Brieftelegramme werden hier zwischen bestimmten Orten ausgetauscht und von der letzten Telegraphenanstalt dem Bestimmungsort durch die Post zugeführt. Das Wort kostet 5 Centimes, jedes Brieftelegramm mindestens 1 Frank 25 Centimes. Im internationalen Verkehr sind die Brieftelegramme natürlich von noch größerer Bedeutung als im Innern der einzelnen Länder, da der Zeitgewinn mit der Entfernung wächst.

Handelsregister. Am 29. Juni 1912 ist eingetragen 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Otto Bartisch u. Co. in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann J. W. C. H. Remmert in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Gebr. Steder in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft mit der Firma ist an den Kaufmann R. J. H. Steder in Lübeck veräußert; 3. die Firma Eduard Cadow in Lübeck. Inhaber: E. Th. S. W. Cadow, Schlachter in Lübeck. Dem Kaufmann O. V. F. Drens in Lübeck ist Procura erteilt; 4. bei der Firma Deutsche Detektiv-Union, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Halle a. S., Zweigniederlassung Lübeck: Die Zweigniederlassung ist von Amts wegen gelöscht.

Zahlung der Gewerbesteuer für den Betrieb der Gast- oder Schankwirtschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus. Das Polizeiamt macht bekannt: Die 2. Rate der nach dem Gesetze vom 3. Oktober 1906 für die oben genannten Gewerbebetriebe zu entrichtenden Gewerbesteuer für das Jahr 1912 wird innerhalb der Zeit vom 1. bis 15. Juli 1912 an den Werttagen vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr im Ratszimmer des Polizeiamtes — Mengstraße 41 — gegen Erteilung einer Quittung entgegengenommen. Die betreffenden Gewerbetreibenden werden zur rechtzeitigen Berichtigung aufgefordert.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Buchholz, der in einem Hause der Marlesgrube einen Jackettanzug gestohlen hat, und ein Arbeiter aus Schlutup, der sich einer Körperverletzung zum Nachteil seines Arbeitskollegen schuldig gemacht hat.

pb. Diebstahl. In der Zeit vom Sonntag, dem 30. Juni bis 1. ds. Mts. ist aus dem Laden eines Musikinstrumentenhandlers in der Fackelburger Allee eine Sprechmaschine ohne den dazugehörigen Trichter gestohlen worden. Auf der Schalldose des Tonarmes befindet sich die Bezeichnung „Böhmig — „Elite“.

Nicht persönlich adressieren! Wir ersuchen unsere Korrespondenten und alle die sonst an die Redaktion zu schreiben haben, für letztere bestimmte Sendungen nicht persönlich an einzelne Redakteure zu adressieren. Wenn das geschieht, können unliebsame Verzögerungen eintreten, besonders jetzt in der Ferienzeit, wo der eine oder andere unserer Redakteure auf Urlaub ist. Wir bitten dringend, diese Mahnung zu beachten!

W. Wölln. In der gestrigen Sitzung der städtischen Kollegien wurde die Jahresabrechnung für die Stadtkasse für das Jahr 1910, die mit einem Überschuß von 7445,29 Mk. abschließt, genehmigt. Die Stadt plant neben der in Ausführung befindlichen Wasserleitung die Kanalisation durchzuführen. Ein der Regierung eingereichtes Projekt hat nicht deren Genehmigung erhalten. Die Regierung wünscht eine Kanalisation mit Tropfgrabenanlage, die der Stadt wieder zu teuer wird. Der Bürgermeister befragt, an dem ersten Projekt festzuhalten und eventl. in Berlin vorstellig zu werden. Stadtvorordnetenvorsteher Pentel erklärt, daß in der Bürgerschaft keine Stimmung für die Kanalisation vorhanden sei, es sei vor dieser immer gewarnt worden; das von der Regierung gewünschte Projekt sei für Wölln nicht anwendbar. Beschlossen wird, daß der Bürgermeister und Stadtrat Osterwold nach Berlin fahren sollen, um die Wünsche der Stadt Wölln dort persönlich zu vertreten. Der Zimmermeister Schlie hat im Laufe der Jahre den See ausgebäumt und dies Neuland für sich beansprucht, durch Prozeß ist er eines anderen befehrt worden, und er ersucht nun, ihm dies Land pachtweise zu überlassen, dem Erbsuchen wird Folge gegeben und die Pacht für das laufende Jahr auf 25 Mk. festgesetzt. Es wäre im Interesse der vielen Seeanlieger angebracht, das Urteil aus diesem Prozeß zu veröffentlichen. — Bezüglich der Beseitigung der Tierkadaver wird auf diesbezügliches Anfordern des Landrats beschlossen, daß die Stadt einen Wiesenplatz zur Verfügung stellen will. Die Lage des Platzes soll später bekannt gegeben werden. Die Wasserleitungsröhre sollen nach dem Hasen mit Hydrant und Zapfstelle, nach der Sterleyer Chaussee bis zum Hause des Zimmermanns Bohnhof, nach dem Doktorhof, nach dem Schützenhof und der Rakeburger Chaussee bis zum Hause des Landwirts Dahmke verlegt und die Verlegung der Firma Reichardt-Spandau, die die übrigen Röhre verlegt, übertragen werden. Eine Kommission hat einige Entwürfe betreffs die Erhebung des Wassergeldes ausgearbeitet. Der erste Entwurf will das Wassergeld nach der Gebäudesteuer erheben und zwar sollen für Wohnräume 150 Prozent, für gewerbliche Anlagen 100 Prozent der Gebäudesteuer erhoben werden. Der zweite Entwurf setzt das Wassergeld nach dem Mietpreis fest und sollen für Wohnungen

bis 100 Mk. Miete jährlich	7,20 Mk.
150	9,—
200	10,20
250	13,20
300	15,60
350	18,—
400	20,80
450	25,20
500	30,—
600	36,—
700	45,—
800	54,—
900	60,—

gezahlt werden. Die Kollegien sprechen sich im Prinzip für den zweiten Entwurf aus und soll eine verstärkte Kommission die Details festlegen. Eine interessante Statistik hat der Stadtrat Osterwold ausgearbeitet, danach hat Wölln,

Wohnungen zum Mietwert von	900 Mk.
4	1000
1	1200
3	1800

Wir kommen auf diese Statistik noch zurück. Die Kassenkosten und Lagenelber für städtische Beamte usw. werden noch nach einer Scala aus dem Jahre 1900 gegahlt. Die Steuerfahndung, durch die man die Lebenshaltung verteuert, tritt auch hier in Erscheinung, die Sätze sind den heutigen Verhältnissen entsprechend zu niedrig. Eine Kommission soll eine Vorlage ausarbeiten, nach welcher die bestehenden Sätze durchschnittlich um 3 Mk. erhöht werden. Der von dem Brunnenbauer Botje angelegte Versuchsbrunnen für die Wasserleitung wird seitens der Stadt für 1481,27 Mk. angekauft.

Hamburg. 25 Jahre Redakteur. Die Genossen Otto Stolten und Gustav Stengelle konnten gestern auf eine 25jährige Redaktionsstätigkeit an unserem Hamburger Parteiblatt zurückblicken. Ihre gemeinsame redaktionelle Tätigkeit in diesen 25 Jahren ist aufs innigste verwachsen mit der Entwicklung, die in diesem Zeitraum unser Parteiblatt und mit ihm die gesamte Arbeiterbewegung des Verbreitungsgebietes durchgemacht haben. Den beiden Jubilaren sind auch die „Freuden“ eines Parteiredakturs nicht erparnt geblieben. Mehrfach mußten sie die hamburgische Freiheit mit dem Gefängnis vertauschen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß es unseren beiden Genossen noch recht viele Jahre vergönnt sein möge, im Interesse der Arbeiterbewegung tätig sein zu können.

Hamburg. Die Verzweiflungstat einer unehelichen Mutter. Unter der Anklage des Kindesmordes hatte sich die unerehelichte M., 1887 in Mecklenburg geboren, vor dem Schwurgericht zu verantworten. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wird, ergibt folgendes: Die M. gebar am 22. Dezember v. J. heimlich ein Kind. Wie die Anklage ihr vorwirft, hat sie das Kind gleich nach der Geburt dadurch vorfälschlich getötet, daß sie es unter der Bettdecke erstickte. In der Voruntersuchung gab sie die Tat zu. Gestern dagegen stellte sie die Sache so dar, daß das Kind nach der Geburt gestorben sei. Belastend für die Angeklagte ist, daß sie das Kind in ein Paket packte und in ihrer Wohnung viele Wochen unter ihrem Bett versteckte. Als die M. dieses Logis verließ, nahm sie ihr Kind mit und bewahrte es in ihrem Kleiderschrank auf. Als die M. auch dies Logis wieder verlassen hatte, fand die Logismutter das entsetzliche Paket. Bei der Obduktion der Leiche konnte nicht festgestellt werden, ob das Kind bei der Geburt gelebt hat. Die Angeklagte wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten verurteilt und wegen Mordverdachts sofort in Haft genommen.

Kiel. Spionage. Die Kriminalpolizei verhaftete in einem hiesigen kleinen Hotel einen Mann, der sich unter dem Namen Köhler eingemietet hatte, unter dringendem Spionageverdacht. Bei seiner Festnahme machte Köhler einen Fluchtversuch, der aber vereitelt wurde. Man fand bei ihm viel belastendes Material.

Lübbeek. Vom Grubenunglück. Der Vorstand der Gewerkschaft Friedrich Franz berichtet: Die Betriebsstörung, von welcher die Werksanlagen durch die von der Jesseniger Wasserkatastrophe ausgegangenen Erberschütterungen am 24. Juni betroffen wurden, ist wieder behoben. Schon nach zwei Tagen wurden die Fördermaschine, ein Teil der Dampfessel- und der elektrischen Anlage, sowie die chemische Fabrik wieder in Betrieb genommen. Am Sonnabend hat sodann eine eingehende Befahrung der Grube durch die Bergbehörden stattgefunden, die bestätigt hat, daß der Schacht und die sämtlichen Grubenbaue völlig unversehrt sind. Mit ausdrücklicher Genehmigung der Oberaufsichtsbehörde ist daher auch der Betrieb unter Lage nunmehr in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. An der Ausbesserung der Beschäftigten, die einzelne Gebäude erlitten haben, wird eifrig gearbeitet. Bergwerk Jessenig. In der Aufsichtsratsitzung der Mecklenburgischen Kaliwerke Jessenig am Sonnabend wurde mitgeteilt, daß nach verschiedenen Rücksichten hin Verhandlungen angebahnt seien, die bezwecken, den Schacht zu halten. Bis zum Abschluß dieser Verhandlungen sind weitere Beschlüsse ausgelegt worden.

Wisnar. Gefentert und ertrunken. Am Sonntag unternahmen in Wisnar drei junge Leute eine Segelfahrt nach Travemünde. In der Nähe von Voltenhagen kenterte das Boot infolge der böigen See. Nur einer konnte gerettet werden, die beiden anderen ertranken.

Rostock. Ein Ballon im Gewitter. Infolge des am Sonntag in Rostock herrschenden Gewitters war ein am Sonnabend in Berlin mit drei Herren aufgestiegener Ballon gezwungen, in der Nähe von Garmesdorf zu landen. Die Landung gestaltete sich indessen so schwer, daß alle Insassen verunglückten und nach dem Krankenhaus geschafft werden mußten.

Südtrow. Wegen versuchter Ermordung der eigenen Mutter hatte sich vor der hiesigen Strafkammer das Dienstmädchen Frieda Haase zu verantworten. Die Angeklagte ist die Tochter der unerehelichten Arbeiterin Wilhelmine Haase in Wüßow, die Mutter von acht unehelichen Kindern ist, von denen noch drei am Leben sind. Die Eltern 1911 konfirmierte Angeklagte ist seitdem in Wüßow in Dienst gewesen, sie hatte jedoch ihre Schlafstelle noch bei ihrer Mutter behalten. Nach den Angaben der Angeklagten hat die Mutter sie oft geschlagen und ihr nicht gestatten wollen, mit ihrer in Hamburg dienenden Schwester Anna in schriftlichen Verkehr zu treten. Aus Erbitterung hierüber ist ihr, als sie bei ihrer Mutter eine Flasche mit Salzsäure und Gift gesehen, der Gedanke gekommen, sich Salzsäure zu verschaffen und damit ihre Mutter umzubringen. Sie hat sich dann auch in der Apotheke für fünf Pfennige Salzsäure gekauft. Dann hat sie am 19. März d. J. die Hälfte der noch in der Flasche befindlichen Salzsäure in eine Kaffeekanne, aus der ihre Mutter abends ihren Kaffee trank, gegossen. Die Angeklagte will erwartet haben, daß ihre Mutter an dem Genuß der Salzsäure sterben würde, daß sie (die Angeklagte) dann tun könne, was sie wolle, und daß sie auch wie ihre Schwester in Hamburg in Dienst gehen könne. Die Mutter trank aber am Abend von dem mit Salzsäure vermischten Kaffee nur einen Schluck und hat irgend welche gesundheitliche Schädigungen nicht dadurch gehabt. Nach dem Erachten des Professors Dr. Pfeiffer-Rostock war das von der Angeklagten gekaufte Quantum Salzsäure, vermischt mit dem Kaffee, nicht geeignet, irgend welche gesundheitliche Schädigungen zu verursachen. Die Strafkammer gelangte zu dem Urteil, daß die Angeklagte sich nicht eines Mordversuchs, sondern eines Totschlagsversuchs an einem Verwandten aufsteigender Linie schuldig gemacht habe, und erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: E. H. Schmarck, Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen, zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.

Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrass 46.

I. O. G. T.

Am 30. Juni verschied nach langem schweren Leiden unser langjähriges treues Mitglied

Herr Johs. Havemann

im 39. Lebensjahre. Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren. Der Logenausschuß.

Beerdigung am Mittwoch, dem 3. Juli, morgens 11 1/2 Uhr von der Friedhofskapelle Burgtor aus. (1690)

Plötzlich und unerwartet entschlief am Sonnabend, nachts 12 1/2 Uhr, meine liebe Frau

Friederike,

geb. Warnke

im 75. Lebensjahre.

Dieses zeigen tiefbedrückt an **Hermana Arlt und Tochter.** Die Trauerfeier findet am Donnerstag morgen um 10 1/2 Uhr in der Burgtor-Kapelle statt. (1681)

Gesucht zu sofort

Mangel- u. Blusen-Plätzerin

bauernde Beschäftigung. (1669)

Jürs, Gärtnergasse 5.

Gesucht eine perfekte Plätzerin für Fein-Wäsche. (1678)
Segebergstraße 23, II.

Ein Kolporteur

zum Austragen von Zeitschriften (Wahrer Jakob etc.) zu sofort gesucht, am liebsten ein Mann, der vor dem Hütertort wohnt.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Zum 1. Oktober Leben mit vollst. Hand. Geschäft für Kolonialwaren dazu 3-Zimmer-Wohnung, Boden, Kasse und sonst. Zubehör. Preis 400 Mk. Auf Wunsch kann Boden und Woha geteilt werden.
Herrn A. Kruse,
1683) Schönkampstraße 2, part. rechts.

Zum 1. Oktober große 2-Zimmer-Wohnung mit Keller u. Stall zu vermieten. Preis 190 Mk.
1685) Schönkampstraße 19.

Zum 1. Oktober von Leuten mit einem Kind eine 2-Zimmer-Wohnung in der Nähe Hertenstraße. Angeb. unter S 8 an die Exp. d. Bl. (1676)

Gesucht zum 1. Oktober eine gr. 2-Zimmer-Wohnung, Quartier bevorzugt. Tag u. Preis mit L 80 an die Exp. d. Bl. (1671)

Gesucht zum 1. Oktober eine 2-Zimmer-Wohnung von Leuten ohne Kinder, im Preise von 190-200 Mk., Holzentor Nord. Offerten unter B G 10 an die Exp. d. Bl. (1680)

Zu verk. taub. Haus weg. Kränlichkeit bei 500 Mk. Anzahlung. Rest eventl. 10 Jahre fest. Käufer m. f. frei. (1692) Segebergstr. 14, pt.

Gut erhaltener Kinderwagen billig zu verkaufen. (1677)
Busekittstraße 6a, I.

Ein Sitz- und Liegewagen billig zu verkaufen. (1675)
Weierstraße 38.

Ein starker Kinderwagen billig zu verkaufen. (1674)
Waffenmücker 1a, part. links.

Billig zu verkaufen ein dunkelbl. Sitz- und Liegewagen m. Gummir. (1679)
Engelstraße 43/18.

Gesucht ein gut erhaltener Kinderwagen (ohne Gummir.) Ing. mit billigstem Preis mit L D an die Exp. d. Bl. (1691)

Damen- und Knaben Garderoben werden angefertigt.
1672) Segebergstraße 57, II.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgeholt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditions-Geschäft Fürbergstr. 52. (180)

Empfehle meinen (1685)
Herrn- u. Damen-Frisier-Salon
Anfertigung aller Haararbeiten.
Marliür. 44a. **W. Bentzin.**

Plakate

betr.

Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Festhalten von Nahrungs- und Genussmitteln
find zum Preise von 30 Pf. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksk.
Johannisstraße 46. (1684)

Charles Dickens' ausgewählte Werke

in zwei guten Leinenbänden sind noch vorrätig und geben dieselben zum Preise von Mk. 2.40 an die Leser des Volksboten ab.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

78 Uebernahme ganzer Beerdigungen. Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen. Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50-52.

Donnerstag, den 4. und Freitag, den 5. Juli

Großes Sommer-Fest

verbunden mit Vogelschießen, Scheibenschießen, Konzert, Ball. Wertvolle Gewinne, Silberpreise etc.

Donnerstag, den 4. Juli: Vokal-Konzert.

Eintritt frei. (1694)

Freitag, den 5. Juli: Instrumental-Konzert.

(Ab 6 Uhr.)

Abends 10 Uhr: Italienische Nacht, Sommernachtsball. Eintritt für Herrn und Dame 40 Pfg.

Anfang des Schießens an beiden Tagen 4 Uhr nachmittags. Um zahlreichen Besuch ersucht **Carl Kluth, Vertreter.**

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 3. Juli 1912, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung: 1. Beratung der Anträge. 2. Stimmwahl. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erwünscht.

Die Ortsverwaltung. (1684)

Telephonisch

können Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgebener Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.

Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Empfehle prima

geräuchert. Mettwurst

Brand 1 Mk.

pa. Sardellenleberwurst Pfd. 1 Mk.

pa. magern Speck Pfd. 90 Pfg.

Herm. Atmer

Königsstraße 48 b. (1689)

Uhren

Goldene Trauringe, Myrtenkränze.

H. Schultz, Uhrm. u. Goldsch., ob. Johannisstr. 20

Empfehle mich zu allen in meinem Fache vorkommenden Arbeiten

Martin Wöst, Schuhmacher
1678) Busekittstraße 6a.

Deutscher

Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung

der weiblichen Mitglieder am Mittwoch, 3. Juli abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

(1686) **Die Vertrauensperson.**

Verband der Maler.

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, 3. Juli

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

(1682) **Der Vorstand**

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Versammlung

am Mittwoch, dem 3. Juli

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

(1670) **Die Ortsverwaltung.**

Sparklub „So hi lütten“ General-Versammlung

Donnerstag, 4. Juli, abends 9 Uhr

bei **F. Lender, Südrtr. 94.** (1699)

Hansa-Theater.

Gastspiel

Dr. G. Quedenfeldt

Weiß

Woche.

im Hansa-Theater.

Außerdem

erstklassige Solisten.

Preise der Plätze

wie gewöhnlich.

Vorverkauf bei **Sager,**

Kohlmarkt. (1687)

Wirtschaftliche Organisationen als „politische“ Vereine.

Sächsische Gerichte haben bekanntlich den Bauarbeiterverband und den Brauerei- und Mühlenarbeiterverband um deswillen für politisch erklärt, weil Verbandsbeamte aus ihren Lokalkassen der sozialdemokratischen Partei Beiträge für die Reichstagswahl zumlesen, und die Verbandsbeamten handelten dabei im gewissen Sinne noch eigenmächtig. Als sie die Genehmigung ihrer Zahlstellen zu der Geldspende einholen wollten, wurde sie ihnen verweigert und die Gelder infolgedessen zurückgezahlt. Trotzdem haben alle Instanzen des Dresdener Gerichts, vom Schöffengericht bis zum Oberlandesgericht, den Bauarbeiterverband für politisch erklärt und der Rückzahlung des Geldes keinen Wert beigemessen. Die Klage gegen den Brauerei- und Mühlenarbeiterverband, dessen Dresdener Zahlstelle ebenfalls, weil es sich angeblich um einen politischen Verein handelte, aufgefordert wurde, Satzungen und Verzeichnisse der Vorstandsmitglieder einzureichen, schwebt noch vor dem Landgericht. Auch hier ist die Gewerkschaft vom Schöffengericht wegen ihrer Weigerung, der polizeilichen Aufforderung nachzukommen, verurteilt worden, mit der Begründung, daß es sich um einen politischen Verein handele.

Unsere Gerichtsbehörden sind natürlich völlig objektiv und sie werden nun schleunigst auch sämtliche Unternehmerorganisationen für politisch erklären, die auf den Ausfall der Wahl durch Gewährung von Geldmitteln oder in anderer Weise einwirkten. Da ist zunächst der Zentralverband deutscher Industrieller mit seinem großen Wahlfonds und da wäre auch die Unternehmerorganisation der Brauindustrie, der Schugverband der norddeutschen Brauereigemeinschaft, von dem uns jetzt nachträglich ein Rundschreiben in die Hand fällt, das jeden Zweifel über seine „politische“ Tätigkeit ausschließt:

„Schugverband der Norddeutschen Brauereigemeinschaft und verwandter Gewerbe.“

Vertraulich! Berlin, im Dezember 1911.
W. 9, Schellingstr. 4.

P. T.

Im November 1910 wandte sich der unterzeichnete Verband mit einem vertraulichen Aufruf an das norddeutsche Braugewerbe zur Schaffung eines Wahlfonds. Der Appell hatte die Wirkung, daß ein Beitrag von rund 10 000 Mk. zusammenkam. Eine Reihe von Firmen hat dem damaligen Aufruf nicht Folge gegeben, teilweise weil die Wahlen noch in weiter Ferne lägen, dann vielleicht auch, weil die Ungewißheit über die Verwendung der gesammelten Gelder eine Zurückhaltung für geboten erschienen ließe.

Der Vorstand unseres Verbandes hat nun in seiner am 7. Dezember d. Js. stattgehabten Sitzung über die Verwendungsart der Gelder in einer die Interessen des norddeutschen Braugewerbes fördernden Weise Beschluß gefaßt; taktische Rücksichten verbieten es natürlich, hierüber Einzelheiten bekannt zu geben.

Nach der nunmehr erfolgten Stellungnahme unseres Vorstandes ist wohl anzunehmen, daß auch Ihre werke Firma, dem Beispiel anderer Mitglieder folgend, zur Bezahlung eines Beitrages bereit ist. Als ungefähren Anhalt für seine Höhe war in dem eingangs erwähnten Rundschreiben 1 Pfg. pro Doppelzentner der im letzten

Geschäftsjahr verbrauchten Malzmenge angegeben worden, jedoch bleibt selbstverständlich die Bemessung des Beitrages dem einzelnen ganz anheimgestellt.

Indem wir Sie höflich bitten, dem von Ihnen in Aussicht genommenen Beitrag mit Rücksicht auf die kurze Frist bis zu den Wahlen umgehend unter Benützung des einliegenden Formulare an die Bank für Brauindustrie, Berlin W. 56, Markgrafenstr. 53-54, auf Konto Wahlfonds des Schugverbandes einzuzahlen, zeichnen wir mit vorzüglicher Hochachtung

Schugverband der Brauereien der norddeutschen Brauereigemeinschaft und verwandter Gewerbe.
I. A.: Dr. Wallburg.

Es wird natürlich kein Mensch der Unternehmerorganisation der Brauindustrie verdenken, auf den Ausfall der Wahlen einzuwirken, denn von der Zusammenfügung des Reichstages hängt es ja ab, ob die Brauereierhöhung von 1906 und 1909 auch in Zukunft Wiederholungen erfahren soll. Aber mit demselben Recht dürfen die Arbeiter auch ihr Interesse an dem Ausfall der Wahlen betätigen, denn aus der Haut der Arbeiter werden dem kapitalistischen Staat die Riemen geschnitten und sie würden ihr Klasseninteresse nicht verstehen, wollten sie nicht mit aller Kraft auf durchgreifende soziale Reformen hinarbeiten, um ihre und die Existenz ihrer Familien nach Möglichkeit zu sichern. Wenn das schon „politische“ Betätigung ist, dann dürfte es in Deutschland überhaupt keine unpolitischen Vereine mehr geben.

Der Jungdeutschlandbund als Sprengkörper.

Die Gründung des Jungdeutschlandbundes erfolgte bekanntlich zu dem doppelten Zwecke, um einmal militärische Jugendvereine ins Leben zu rufen und um zweitens — und dies im besonderen — die bestehenden bürgerlichen Jugendvereine und die in ihnen tätigen Persönlichkeiten zusammenzuschließen, um durch das geeinte Vorgehen größere Scharen der arbeitenden Jugend für die patriotische „Jugendpflege“ zu gewinnen. Obwohl es die Gründer des Bundes an einer marktschreierischen Reklame nicht fehlen ließen, kam ihr Plan dennoch gar nicht erst zur Ausführung. Das lag an dem Umstande, daß die Interessen der einzelnen Kreise im Bürgertum zu verschiedenartig und der daraus entspringende Konkurrenzneid zu gütig sind, um ein geschlossenes Vorgehen der bürgerlichen Jugendbewegung zu ermöglichen. Ihre einzelnen Gruppen halten es mit dem Wort: getrennt marschieren und vereint schlagen. Der gemeinliche Feind aber, der da geschlagen werden soll, ist die proletarische Jugendbewegung.

Während diese sich kräftig weiterentwickelt, steigt durch die Tätigkeit des Jungdeutschlandbundes mit jedem Tage die Verwirrung, die seine Gründung im bürgerlichen Lager hervorgerufen hat. Immer größer wächst die Zahl der Vereine, die sich für die einigende Wirksamkeit des Jungdeutschlandbundes bestens bedanken, und die gegen die Gründungen von Ortsgruppen des Bundes energisch protestieren. Die Leiter der konfessionellen Jugendvereine benutzen den angeblich religionslosen Charakter des Bundes, um ihn unter diesem Vorwande zu bekämpfen.

Das Zentralkomitee der katholischen Jugendvereine Deutschlands hat die Leitung des Jungdeutschlandbundes zu bewegen gewußt, dafür zu sorgen, „daß die

katholische Jugendpflege nirgendwo durch Veranstaltungen von „Jungdeutschland“ geschädigt werde, insbesondere, daß dort, wo Jugendvereine bestehen, in denen für körperliche Ausbildung gesorgt ist, keine Neubildungen erfolgen.“ Damit solche Neubildungen in den Orten, wo katholische Vereine bestehen, verhindert werden, hat das Zentralkomitee gleichzeitig die katholischen Vereine aufgefordert, die körperliche Erziehung (man mache uns nicht verantwortlich für dies neue deutsche Wort) zu pflegen. Die Demagogen der katholischen Bewegung hätten demnach dafür gesorgt, daß sie vor der Konkurrenz des Jungdeutschlandbundes bewahrt bleiben, vorausgesetzt, daß dieser sein Versprechen hält, woran aber, nach den Mitteilungen der katholischen Jugendblätter zu urteilen, stark zu zweifeln ist.

Die evangelischen Jugendvereinsleiter sind ihren katholischen Kollegen getreulich gefolgt. Die Nationalvereinigung der zehn evangelischen Jünglingsbündnisse Deutschlands, in der 2800 Vereine mit 127 000 Mitgliedern zusammengeschlossen sind, hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, „einem Zusammengehen mit dem Jungdeutschlandbund abwartend gegenüber zu stehen, bis er entsprechend dem Erlaß des preussischen Kultusministers vom 18. Januar 1911 neben der körperlichen und sittlichen Kräftigung der schulentlassenen Jugend auch deren religiöse Beeinflussung für nötig erachte und die dahingehenden Bestrebungen anerkenne.“ Gleichzeitig wird in selbstgefälliger Art hervorgehoben, daß „eine Reihe von Bestrebungen, wie sie „Jungdeutschland“ heute pflegt, von seiten der evangelischen Jünglingsvereine und christlichen Vereine junger Männer bereits vor Gründung von Jungdeutschland ausgeführt worden sind.“

Die lärmende Agitation, die die Leiter des Jungdeutschlandbundes betrieben, haben selbst den Ehrgeiz des preussischen Kultusministers arg verletzt. In einem längeren Schreiben an den Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. vom 23. April 1912 macht der gekränkte Kultusminister seinem Herzen Luft. Er weist darauf hin, daß die einheitliche Leitung der gesamten Jugendpflege ihm übertragen sei und nicht dem Jungdeutschlandbunde.

Auch war er es, der die Bildung der Jugendpflegeauschüsse angeregt habe, die die Träger aller Vergünstigungen, welche den ihnen angeschlossenen Jugendvereinen gewährt werden, seien. Diesen Ausschüssen habe sich in Preußen auch die Vereinigung „Jungdeutschland“ anzugliedern.

Die katholischen und evangelischen Jugendvereine, die teilweise eine Abschrift von dem Schreiben erhalten haben, machen davon natürlich eifrig Gebrauch, wodurch die Kluft zwischen Jungdeutschlandbund und konfessionelle Jugendvereine wiederum vergrößert wird. Und neuerdings gesellen sich zu den Frondeuren auch die teutschen Turner, die sich aufgerafft haben, ihre Klagen gegen den Jungdeutschlandbund zu erheben. In der letzten Sitzung des Ausschusses der Deutschen Turnerschaft zog zunächst der Vorsitzende, Dr. Goeß, gegen die Jungdeutschlandbewegung zu Felde. Sie geht nicht die anfangs erhofften Wege. Ein Fehler sei es, daß überall pensionierte Offiziere als Leiter der Bezirksvereine berufen würden. Als Geschäftsführer sei ein Generalmajor mit 6000 Mk. Gehalt tätig, der noch einen Major a. D. als Helfer mit 3400 Mk. zur Seite bekom-

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von E. Dewitt.

(9. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Sie dankte ihm in höflichen Worten für seine Bemühungen in ihrem Interesse, konnte sich aber gleichzeitig des Gefühls nicht erwehren, von ihm überbittert zu werden, und zögerte daher ein wenig mit ihrer Zustimmung.

„Bedenken Sie nur, welche ausgezeichnete Lage das Haus hat, wie gut sich die Zimmer gerade für Ihre Zwecke eignen und wie niedrig die Miete ist.“

„Ich kann mich jetzt noch nicht entscheiden,“ sagte sie, „und möchte vorher noch die Ansicht eines Freundes hören.“

„Handeln Sie ganz nach Ihrem Belieben, Fräulein,“ aber ich für meine Person kann nicht warten, da sich jeden Augenblick ein anderer Mieter bei mir einstellen mag. Entweder — oder — ist mein Wahlpruch.“

Da sie noch immer unschlüssig war, spielte er seinen letzten Trumpf aus.

„Ja, Fräulein,“ beteuerte er, „es ist ein altes, solides gebautes Haus, das noch eine ganze Ewigkeit stehen kann. Auch wurde John Messinger in ihm geboren.“

„In der Tat?“ rief sie aus. „Würde mein — wurde Herr Messinger wirklich in diesem Hause geboren?“

Sie zögerte nicht länger, sondern erklärte sich, trotz der harten Bedingungen bereit, das Haus zu nehmen.

Als der Handel abgeschlossen war und sie versprochen hatte, den Mietvertrag zu unterzeichnen, den Betrag einer Jahresmiete im voraus zu entrichten und den uneigennütigen Herrn Bunker mit der Ausführung aller nötig werdenden Arbeiten zu betrauen, lehrte sie nach der Pension zurück. Vor dem Hauseingang stand, eine Zigarette im Mund, der müßige junge Tischler.

„Ich sah Sie,“ so redete er sie an, „in Gesellschaft meines menschenfreundlichen Onkels. Sind Sie ihm vielleicht zum Opfer gefallen?“

„Ich habe ein Haus von ihm gemietet.“

„Da haben wir es ja. Ein jeder, der ein Haus von ihm mietet, zählt zu seinen Opfern. Hoffentlich ist aber der angegriffene Schaden nicht allzu groß.“

Schwerlich.
Harry warf seine Zigarette fort.

„Sie sind allzu vertrauenselig, Fräulein Kennedy. Mein guter Onkel Bunker wird nicht Bedenken tragen, Ihnen von Ihrem Gelde abzunehmen, was er nur kann, seien Sie daher auf Ihrer Hut.“

„Ich danke Ihnen für den freundlichen Rat, glaube aber, daß er mir nicht schaden kann. Ich suchte ein Haus, und er hat mir eins gefunden. Aber kommt es wirklich darauf an, ob ich ein wenig mehr als den üblichen Preis zahle?“

„Kommt es darauf an?“ Harry war in Geschäftsangelegenheiten nicht sonderlich erfahren, wußte aber doch, daß eine solche Ansicht höchst unpraktisch war. „Kommt es darauf an? Mein liebes junges Fräulein, wenn Sie ein Geschäft anfangen wollen, so müssen Sie mit jedem halben Schilling rechnen.“

Fräulein Kennedy sah verlegen aus, sie fürchtete schon, sich verraten zu haben. „Ich weiß — ich weiß!“ suchte sie sich zu entschuldigen, „doch wußte er mich zu überreden.“

„Ich bilde mir nicht ein, etwas von Mietverträgen zu verstehen, doch würde ich, wenn ich bei Ihnen gewesen wäre, die Ausbeutung Ihrer Vertrauenseligkeit verhindert haben.“

„Es tut mir wirklich leid, daß Sie nicht bei mir waren.“ gab sie zu, „es ist zwar nur ein schlechter Trost, doch fürchte ich, daß es anderen Mädchen nicht besser ergeht als mir.“

„Die meisten anderen Mädchen können auf den Rat und Beistand von Männern zählen. Haben Sie denn niemand, der sich Ihrer annimmt?“

„O, doch,“ entgegnete sie und gedachte dabei ihrer Rechtsanwältin, die sie bezahlte, um ihr mit gutem Rat beizustehen, „aber ich habe den Ehrgeiz, auf eigenen Füßen zu stehen und alles aus eigener Erfahrung kennen zu wollen.“

„Aber wie teuer müssen Sie Ihre Erfahrungen erkaufen! Sind Sie denn reich genug, um sich einen solchen Luxus zu gestatten, Fräulein Kennedy?“

Sie war es in der Tat, wenigleich er es nicht wußte.

„Nun, ich werde mich zu bessern versuchen.“

Sobald Sie meine Begleitung wünschen, Fräulein Kennedy, so stehe ich zu Ihrer Verfügung. Ich will gern Ihr gehorsamer Diener sein, wenn Sie mich als solchen annehmen wollen.“

Das ging weiter, als sie zugeben durfte. Angela hielt es für unbedenklich, sich je in einen Tischler zu verlieben, mochte er noch so häßlich und geistlos sein.

„Wenn ich mich nicht irre, wendete sie sich an ihn, so ist es unter jungen Leuten unseres Standes Sitte, miteinander zu gehen, wie man hier sagt. Habe ich nicht recht?“

„Ganz recht,“ entgegnete er, „und diese Sitte hat sich sogar bei den höheren Klassen eingebürgert.“

„Was ich doch sagen wollte, jawohl — ich denke nicht daran, mit irgend einem jungen Mann zu gehen. Doch werde ich Ihnen dankbar sein, wenn Sie mir Ihren Rat nicht vorenthalten wollen, falls ich Sie darum bitte.“

„Ihre Dankbarkeit,“ entgegnete er lächelnd, „ist Ihnen genug.“

„Sie werden die Dankbarkeit in mir ersticken,“ gab sie zurück, „wenn Sie nicht mit Ihren Schmeicheleien aufhören. Und nun, Herr Goslett, möchte ich Sie fragen, ob Sie nicht den Drang einer Tätigkeit in sich verspüren, ob es Ihnen nicht auf die Dauer zurwider wird, den lieben langen Tag auf der Straße durch Nichtstun totzuschlagen? Sind Sie denn so reich, daß Sie nicht zu arbeiten brauchen?“

„Ich sehe mich überall nach Arbeit um, habe aber keine finden können. Nun soll mir mein Onkel eine Werkstatt besorgen, und ich werde dann einen hohen Adel und ein gehobenes Publikum von Steppen, Whitechapel und den ganzen Londoner Ostend bitten, mir seine Kundschaft zuzuwenden.“ Er lachte lustig, wie wenn ihm der Gedanke an die Zukunft keine Sorgen bereite und er es einige Jahre auch ohne Arbeit aushalten könne. Dann verneigte er sich vor Angela in der Rolle eines Tischlers, der um Kundschaft bittet. „Alle Aufträge, Madam, werden sauber, schnell und pünktlich ausgeführt und für alte Möbel höchste Preise gezahlt.“

„Immerhin hatte Angela jetzt ihr, wie sich nicht in Abrede stellen läßt, ziemlich kostspieliges Haus und konnte ohne Skrupeln an die Verwirklichung ihres kleinen Planes, sich als Schneidern niederzulassen, gehen, ohne dabei die größeren zu vernachlässigen.“

Wieder blieb ihr nichts anderes übrig, als sich an Bunker, der auch ein umfangreiches Stellenvermittlungsbureau betrieb, mit dem Ersuchen zu wenden, ihr das für das Geschäft erforderliche Arbeitspersonal zu verschaffen. „Ich berechne“, sagte der Agent, „eine Einschreib- und eine Vermittlungsgebühr von je fünf Schillingen für jede durch mich engagierte Person.“

Er verschwieg, daß er auch von jedem Stellenfucher eine Einschreibgebühr von zwei und einen halben Schilling, sowie von fünf Schillingen für jede erzielte Vermittlung erhob.

„Ich wußte,“ fuhr er fort, „daß Sie zu mir zurück-

men hat. Generalfeldmarschall von der Goltz habe ebenfalls erklärt, daß er einen Major zur Hilfe haben müsse. Das bedeutete weiter 3000 Mk. Gehalt. Das sei keine richtige Jugendpflege. Geh. Medizinalrat Professor Dr. med. Parisch-Breslau warf dem Bunde vor, daß sein Organ lediglich Vorarbeit für die Wehrvereine leiste. Auch würden überall neue Vereine ins Leben gerufen, obwohl gerade das vermieden werden sollte. Wenn der Bund so weiter verfahren wolle, dann müsse die Deutsche Turnerschaft deutlich zum Ausdruck bringen, daß sie dem Bund nicht mehr angehöre. Prof. Dr. Berger-Magdeburg pflichtete diesen Ausführungen bei und forderte ebenfalls eine Trennung vom Jungdeutsches Landbunde.

Schließlich bejammerten sich die deutschen Turner, daß sie mit dem Jungdeutsches Landbunde, „der lediglich Vorarbeit für Wehrvereine leiste“, doch zu wesensverwandt sind, als daß sie mit ihm brechen dürften. Die tapferen Mannen stellten die Degen in die Scheiden und baten (!) in einer Entschuldigend die Leitung des Jungdeutsches Landbundes, Neugründungen nur da vornehmen zu lassen, wo andere Vereine für Jugendpflege nicht bestehen und ferner dafür zu sorgen, daß auch die Bezirksverbände mehr Fühlung mit der Deutschen Turnerschaft nehmen. Immerhin zeigt sich auch hier die Wirkung des Bundes, statt Klarheit und Einigkeit Verwirrung und Streit im bürgerlichen Lager hervorgerufen zu haben.

Demnach ist die Stellung des Militärversorgungsbundes, wie der Jungdeutsches Landbund entsprechend seiner Tätigkeit genannt zu werden verdient, innerhalb der bürgerlichen Jugendbewegung keineswegs so hervorragend, wie nach seiner Agitation anzunehmen man geneigt ist.

Aus der Partei.

Au die Bildungsausschüsse! Die Bildungsausschüsse werden hierdurch erlucht, die Fragebogen über die örtliche Bildungsarbeit umgehend an uns einzusenden. Bei den vielen Anmeldungen auf unsere wissenschaftlichen Wanderkurse können nur solche Bildungsausschüsse Berücksichtigung finden, die uns bis zum 15. Juli ihre Wünsche übermitteln. Es ist aber notwendig, daß die Anmeldungen durch die Bezirksbildungsausschüsse erfolgen. Wo diese noch nicht bestehen, ist es ratsam, daß sich drei oder sechs benachbarte Orte über ihre Kursumwünsche verständigen, bevor sie sich an uns wenden. Der Zentralbildungsausschuß, Heinrich Schulz, Berlin S. W. 68, Lindenstraße 3.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Regelung der Ansperrung der Metallarbeiter in Hannover traten am Donnerstag den 27. Juni die Verhandlungskommissionen erneut zusammen und stellten fest, daß bei der Sachlage die Verhandlung vertagt werden mußte, weil keine Partei neue Vorschläge machen konnte. Am Montag, den 1. Juli haben die weiteren Verhandlungen begonnen. Es steht zu erwarten, daß wenn die Unternehmer annehmbare Vorschläge zur Festsetzung der Arbeitszeit machen und dabei Entgegenkommen zeigen, baldige Einigung erzielt wird.

Ein Streit der Dachbeder in Münster (Westfalen) ist erfolgreich beendet. Nach dreiwöchentlicher Dauer bequemen sich die Unternehmer endlich zu Verhandlungen, deren Ergebnis ein Tarifvertrag ist, nachdem der Lohn der Gehilfen ab Juli 1912 auf 55, ab April 1913 auf 56 Pfg. bemessen ist. Hilfsarbeiter erhalten pro Stunde 10 Pfg. weniger. Die sonst in den Verträgen vorgesehenen Zulagen wurden gleichfalls angenommen. Bisher schwankte der Lohn zwischen 45 und 50 Pfg., die Erhöhung beträgt also durchschnittlich 8 Pfg. pro Stunde. Der Vertrag gilt ausnahmsweise bis 31. März 1915. Diesen schönen Erfolg verdanken die Dachbeder dem Umstand, daß nicht ein einziger abgesprungen ist.

Erfolgreich beendete Lohnbewegung in den Kölner Brotfabriken. Die im Zentralverband der Bäcker und Konditoren organisierten Bäckereiarbeiter in den Brotfabriken

unterbreiteten Ende April der Kölner Ortsgruppe des Brotfabrikantenverbandes eine Tarifvorlage, in welcher die einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gefordert wurde. Erst Ende Mai kam an die Bezirksleitung des Zentralverbandes die Nachricht, daß die Unternehmer infolge der schwachen Organisation der Gehilfen mit den Vertretern des Zentralverbandes nicht unterhandeln. Nachdem die Arbeitervertreter bei den einzelnen Fabrikanten persönlich vorstellig geworden, bequamen sie sich, ohne in Unterhandlungen einzutreten, zu der Bekanntmachung, daß der Mindestlohn auf 28 Mk., steigend nach dreijähriger Beschäftigungsbauer auf 30 Mk., festgesetzt werde; verantwortliche Arbeiter sollten 1-3 Mk. mehr erhalten. Überstunden werden mit 60 Pfg. pro Stunde bezahlt, Ferien von einem bis sechs Tage sollen gewährt, die Arbeitszeit aber in der bisherigen Weise beibehalten werden. Wenn es auch der Organisation diesmal nicht gelungen ist, in ein Vertragsverhältnis zu kommen, so ist immerhin durch dieses Angebot, das auch von den Arbeitern angenommen wurde, ein nicht zu unterschätzender Erfolg gegenüber den seitherigen Verhältnissen zu verzeichnen. Außerdem ist es dem Zentralverband gelungen, mit zwei Firmen Tarifverträge abzuschließen und beträgt hier der Mindestlohn pro Woche 30 Mark. Insgesamt kommen 114 Arbeiter in Betracht, für welche durch die Bewegung im Durchschnitt das wöchentliche Lohneinkommen um 2 Mark erhöht wurde. Eine schmutzige Rolle spielte die Christliche Zentrumsgewerkschaft, die in sämtlichen Betrieben nur sieben Mitglieder beschäftigte. Als in einer öffentlichen Versammlung die Leitung des freien Verbandes beauftragt worden war, dem Unternehmerverband Forderungen zu übermitteln, erklärten die Christenführer, sie werden sich an der Bewegung nicht beteiligen. Als aber die Fabrikanten Unterhandlungen ablehnten, schrieb der „Total-Anzeiger“ — ein Ableger der „Kölnischen Volkszeitung“ —, daß der sozialdemokratische Verband in seinem Größenwahn a Klein die Forderungen eingereicht habe. Die den Zentrumsgewerkschaften nahe stehende Presse hätte gern gesehen, wenn die Arbeiter bei dieser Bewegung unterlegen wären; daß es anders gekommen ist, haben die Bäckereiarbeiter ihrem solidarischen Vorgehen im Zentralverband der Bäcker und Konditoren zu verdanken.

Folgen des sächsischen Bergarbeiterstreiks. Vom Stolberger Schöffengericht wurden die Bergarbeiter Beß und Lorenz zu 20 Mk. resp. 10 Mk. Geldstrafe verurteilt. Sie sollen durch Nichtanmeldung von Versammlungen gegen das Reichsvereinsgesetz verstoßen haben. Genosse Max Müller von der Chemnitzer „Volksstimme“ bekam einen Monat Gefängnis wegen Gendarmenbeleidigung, der er sich in einer Versammlung während des Bergarbeiterstreiks schuldig gemacht haben soll. Zu der Verhandlung waren ein Schutzmann, ein Wachtmeister und der Sohn des Wirtes als Zeugen geladen. Der Schutzmann hatte die Anzeige gemacht, war aber nicht in der Versammlung, sondern stand im Gefäß, wo er die in Frage kommende Äußerung gehört haben will. Der Wachtmeister war ebenfalls nicht in der Versammlung, und der Sohn des Wirtes als Bierausgeber, (sonst ist er Postassistent) wußte nichts Genaues. Genosse Müller bestritt entschieden, die Äußerung getan zu haben, doch die drei Zeugen leisteten den Eid und die Verurteilung war fertig. Die vom Genossen Müller geladenen Zeugen lehnte das Gericht ab.

Außerordentlicher Kongreß der belgischen Arbeiterpartei. Am Sonntag traten die Vertreter der belgischen Arbeiterpartei zu einem außerordentlichen Kongreß zusammen. Erschienen waren 1558 Delegierte, die 1248 Organisationen vertraten. Die Diskussion bewegte sich hauptsächlich um die Frage des Generalstreiks. Die Majorität wollte den Generalstreik sofort beginnen, während die Minderheit, die hauptsächlich von Wandervelde vertreten wurde, nachzuweisen versuchte, daß der Streik im gegenwärtigen Moment zwecklos sei, man müsse die Herbstsession des Parlaments abwarten. Die Majorität ließ sich schließlich überzeugen, und so nahm der Kongreß einstimmig die Resolution an, durch die die Fraktion beauftragt wird, bei Eröffnung der Herbstsession einen Antrag auf Verfassungsrevision und Einführung des gleichen Wahlrechts einzubringen und diesen Antrag nötigenfalls durch Obstruktion zu unterstützen. Die Arbeiterpartei wird in der Resolution aufgefordert, sich auf einen langen, aber friedlichen Generalstreik vorzubereiten. Der Generalstreik soll so vorbereitet und organisiert werden, daß er, im geeigneten Moment proklamiert, die Wirkung nicht verfehlt. Aber man wolle den Streik auch in aller Ruhe führen, um der reaktionären Mehrheit nicht in die Hände zu arbeiten. Schließlich wurde noch ein Komitee eingesetzt, das aus dem Generalrat der Partei, der Gewerkschaftskommission und dem Vorstand des Genossenschaftsverbandes

bestehen soll. Dieser Beschluß des Kongresses tief ungeheurer Begeisterung hervor, die Delegierten erhoben sich und sangen die Internationale.

Soziales.

12 Wohnungen für Schweizer in Groß-Berlin. Um diesem Titel gibt der Vorstand des Verbandes der Land- und Weinbergarbeiter eine in Broschürenform gehaltene Flugchrift heraus, die einen Beitrag zum Kampf gegen das Kost- und Logiswesen darstellt. Auf 12 Illustrationen ist das Wohnungsleben der Stallweizer oder Metzler in Berlin und den Vororten gezeigt. Die beigegebenen Erläuterungen zeigen in knappen Schilderungen die Kost- und Lohnverhältnisse dieser für die Ernährung der Großstadtbevölkerung, namentlich der Kinder, so wichtigen Berufslicht. Im Stall und Heuboden, in Kellern und Korridoren winkeln müssen die Arbeiter in Schmutz und dumpfer Luft kampieren, die für die Milchproduktion eines sehr großen Teils der Berliner Bevölkerung in Betracht kommen. Die 12 Bilder und ihre textlichen Ergänzungen reden eine derartig eindringliche Sprache, daß kein Einsichtiger sich der Forderung auf rücksichtslose Beseitigung solcher menschenunwürdigen Zustände verschließen kann.

Eine Arbeitsordnung für die städtischen Bediensteten und Arbeiter beschloßen die Kollegen der Stadt Augsburg. Dank der tatkräftigen Mitarbeit unserer in der Stadtvertretung befindlichen Genossen werden durch diese Arbeitsordnung die städtischen Arbeiter und Bediensteten vom 1. Juli d. J. an in ihrem Arbeitsverhältnis erheblich besser als bisher gestellt. Die Arbeitsordnung gibt Anspruch auf jährlichen Urlaub bis zu 7 Tagen bei Fortzahlung des Lohnes; sie regelt die Bezahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit (25 bzw. 50 Proz. Lohnzuschlag); in Krankheitsfällen wird nach Verlauf einer Woche die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld auf die Dauer von 18 Wochen gezahlt. Ein Arbeiterauschuß wird eingesetzt, dessen Mitglieder auf Grund der Verhältniswahl gewählt werden. Weitere von unseren Genossen gestellte Verbesserungsanträge wurden von der liberal-zentrierten Mehrheit der Stadtvertretung abgelehnt. Die Vertreter der christlichen Arbeiter halfen wacker mit, die weitere Ausgestaltung der Arbeitsordnung zu hintertreiben.

Die „Wirtschaftsfriedlichen“.

Der Hauptausschuß der Gelben, der Prätorianergarde der Unternehmer, hielt am 29. und 30. Juni und am 1. Juli in Essen einen Verbandstag ab, an dem, wie die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, als Ehrengäste der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr v. Rheinbaben, sowie eine große Anzahl führender Persönlichkeiten aus der deutschen Industrie teilnahmen. In dem „Hauptausschuß für die nationale Arbeiterbewegung Deutschlands“, für den die Regierung ein so hohes Interesse an den Tag legt, vereinigen sich u. a. der Bund deutscher Werkvereine, der Bund vaterländischer Arbeitervereine, der Verband fremdsprachiger Arbeitervereine und andere ähnliche Verbände. Aber die Wirksamkeit dieser Verbände wird man also in diesen Tagen in Essen näheres hören.

Das Kanzlerblatt gab der Tagung bereits seinen Segen, ehe sie begonnen hatte, indem es folgende Bemerkungen macht: „Die in dem Hauptausschuß zusammengeschlossenen Verbände sind in der deutschen Arbeiterbewegung eine neue Erscheinung. Sie gehen von der Überzeugung aus, daß die Interessen der Arbeitnehmer mit denjenigen der Arbeitgeber gleichlaufend sind, in der Hauptsache wenigstens, und daß die beiderseitigen Interessen am besten gewahrt und gefördert werden durch eine friedliche Verständigung beider Parteien. Sie sehen also in einem bewußten und scharfen Gegensatz zu den freien, den christlichen und den Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften. Von den verschiedenen gelben Organisationen haben namentlich die Werkvereine in der letzten Zeit einen überraschenden Aufschwung genommen. Es bestehen heute in Deutschland, insbesondere in Rheinland und Westfalen, in Sachsen, Bayern, Berlin, Wasserkante usw. bereits mehr als 100 Werkvereine mit etwa 100 000 Mitgliedern, und

selbst zu loben, auch darf ich füglich von mir behaupten, daß es wenige Männer gibt, die Ihren Auftraggebern so treu und selbstlos dienen wie ich.“

„Darf ich darauf rechnen, daß Sie mir ein geeignetes Personal nachweisen werden?“

„Ob Sie darauf rechnen können? Schauen Sie einmal her.“ Er schlug ein großes Buch auf. „All diese langen Listen enthalten die Namen und Adressen von Lehrmädchen, Näherinnen und Vorarbeiterinnen, die mit ihren Stellungen nicht zufrieden sind und sich verbessern wollen. Ja, so ist nun einmal der Lauf der Welt, und zufriedene Menschen gibt es heutzutage nicht mehr.“ Der bebauernde Ton und das ganze Niederbarmannsgebaren Duncker's wirkten unbeschreiblich komisch.

„Und was sind Ihre Anfangsaläre, Fräulein Kennedy?“

„Ich will ganzcheiden anfangen.“

„Dann werden ein oder zwei Zuschneiderinnen und sechs Näherinnen für das erste genügen. An Lehrmädchen brauchen Sie einstweilen nicht zu denken.“

„Wie sind die ortsüblichen Löhne, die im Londoner Distrikt gezahlt werden?“

Die Zuschneiderinnen erhalten wöchentlich sechzehn Schillinge und die Näherinnen zwölf. Für ihr Mittagessen sorgen sie selbst, doch geben Sie ihnen am Nachmittag Tee. Aber all dies brauche ich Ihnen nicht erst zu erklären, da Sie ja auf dem Gebiet besser zu Hause sind als ich.“

„Selbstverständlich“ pflichtete Angela bei, notierte sich aber gleichwohl keine Angaben.

„Als gute Schneiderin kann ich Ihnen eine gewisse Reibelle Vermittlung, die Tochter eines Geistlichen, empfehlen, die wegen der religiösen Ansichten ihres Vaters keine Ehelichung findet.“

„Das ist hoch wertwürdig. Und werin bestehen diese Ansichten?“

„Ihr Vater ist Prediger der Unabhängigen vom Siebenten Tage. Sie haben hier ganz in der Nähe eine eigene Kapelle und feiern als Ihren Sonntag den Sabbath, weil, wie Sie behaupten, das dritte Gebot niemals aufgehoben worden ist. Dagegen feiern Rebekka am Sonnabend nicht und am Sonntag arbeitet sie gleichfalls nicht, weil sie anderen Menschen es auch nicht tun.“

„Besteht Ihre religiöse Überzeugung auch das Arbeiten am Sonntag und Dienstag?“ fragte Angela.

„Nein, und wenn es Ihnen recht ist, will ich Sie heute gleich zu Ihnen laden, um sich Ihnen vorzustellen. Sie werden Sie bald bekommen, da Sie sonst doch keine Stelle

finder. Gut, das ist abgemacht. Dann wäre noch Kelly Sorensen da. Sie möchte gern etwas verdienen, doch will ihr Vater sie nicht jede Stelle annehmen lassen. Nicht, daß Kapitän Sorensen ein Recht besäße, wählerrisch zu sein, denn er ist der Inhaber eines Hauses für alte Seelente. Kelly Sorensen ist eine geschickte Arbeiterin, wie Sie sie besser schwerlich bekommen können, und wohnt mit ihrem Vater in dem Heim an der Whitechapel Road, keine zehn Minuten von hier. Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, Fräulein Kennedy, würde ich einmal hingehen und selbst mit ihr sprechen. Was ihren Vater betrifft, so werden Sie gut tun, ihn fühlen zu lassen, daß er ein Almosenempfänger ist, der aus öffentlichen Mitteln erhalten wird. Sie werden es mir kaum glauben, aber dieser hochwürdige Armenhäusler wollte es nicht dulden, daß seine Tochter in einer Werkstätte arbeitete, wo schon fünfzig Frauen und Mädchen beschäftigt waren. Als Grund für seine Weigerung gab er an, daß ihm der Charakter des Arbeitgebers nicht gefiele, daß dieser ein Sklavenhalter und Leuteschinder sei. Meine Antwort in solchen Fällen ist immer, wie Sie wissen, — entweder — oder — entweder nehmen sie die Stelle oder sie nehmen sie nicht, in welchem Falle Hunderte, ja Tausende da sind, die sie annehmen. Wenn es Ihnen recht ist, Fräulein Kennedy, will ich Sie begleiten und Ihnen den Weg zeigen.“ Er blickte nach der Uhr. „Es ist jetzt halb fünf. Zum Hin- und Rückwege gebrauchen wir etwa eine halbe Stunde, und wenn wir noch die Unterredung der letzten Viertelstunde dazurechnen, so kommt rund eine ganze Stunde heraus, für die Sie mir eine halbe Krone schulden. Danke. Eine Stunde“, fügte er schmunzelnd hinzu, „läßt sich ebenjowenig teilen, wie ein Maß Bier. Und zu diesen billigen Bedingungen, Fräulein Kennedy, werden Sie mich immer bereit finden, Ihnen vom Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang zu dienen, ja selbst beim Essen über Ihre Angelegenheiten nachzudenken, wodurch sich die Abrechnung bedeutend erleichtert.“

6. Kapitel.

Ein Besuch im Seemannshaus.

Der Weg von Stepney Green nach dem Seemannshaus ist nicht weit und führt zuerst durch eine kurze Straße, um dann die Hauptverkehrsader des Londoner Ostend, die breit angelegte Whitechapel Road zu kreuzen, in der zu allen Zeiten ein ununterbrochener Jahrmarkt fortzuführen scheint. „Wir sind da, Fräulein“, sprach Duncker, und blieb vor einem großen Tor stehen. „Hier ist das Höl, in dem die lange Schneiderin mit ihrem Vater wohnt.“

Angela, die bisher dem bewegten Straßenbilde ihre Aufmerksamkeit geschenkt hatte, fuhr unwillkürlich zusammen, und sah sich vor einem Tor, über dem sich das in Stein ausgeführte Modell eines Schiffes unter vollen Segeln erhob.

Die Tür führte in einen großen Innenhof, der durch eine Ziegelsteinmauer von der Außenwelt abgeschnitten war. Tiefes Schweigen herrschte hier, das sich langsam von dem tosenden Straßenlärm erhob. Angela befand sich in einem länglichen, von zwei Reihen kleiner sauberer Häuschen eingefassten Hof, dessen Mitte von einem grünen Rasenstreifen ausgefüllt wurde. Auf dem Grase erhob sich das Denkmal eines Wohlthäters, und am Ende des Hofes stand eine kleine Kapelle. Niemand war auf dem Hof zu sehen als eine alte Frau, die aus einem Brunnen Wasser schöpfte.

„Wie gefällt es Ihnen hier?“ fragte Duncker.

„Es sieht ruhig und friedlich aus“, entgegnete das Mädchen.

„Es ist kaum ein Ort, wo Sie Stolz vermuten würden“, fuhr Duncker höhnisch fort, „und doch wohnen Stolz und Armut hier beieinander. Verschleidenheit ziemt sich nur für die, die ein Guthaben bei der Bank besitzen. Ha, ha, ha! Man stelle sich einen hochmütigen Armenhäusler vor.“

Er schritt als Führer voran, wobei das Geräusch seiner Tritte laut widerhallte. Angela bemerkte sofort daß hinter dem ersten noch ein zweiter größerer Hof lag, in dem wenn möglich, noch ein tieferes Schweigen herrschte. Hier war dem Andenken des Begründers des Heims ein Denkmal errichtet, der, wie sich aus einer Inschrift am Sockel ergab, im Jahre 1686 als Kommandeur eines Ostindienfahrers seinen Tod gefunden hatte. Wie auf dem andern Hofe schloß es auch hier nicht an freundlichen Rasenflächen. Die Stille der Häuser erinnerte an die Ruhe einer Kirche.

Herr Duncker hielt sich rechts und Kopfste im nächsten Augenblick mit seiner Faust gegen eine Tür. Ohne eine Antwort abzuwarten, öffnete er dann diese und forderte seine Begleiterin durch ein Kopfnicken auf, ihm zu folgen.

Sie traten in ein kleines, niedriges Zimmer, in dessen Einrichtung sich nicht überflüssiges befand. Vor dem Fenster hingen saubere weiße Gardinen, die durch rote Bänder aufgesteckt waren. Auf dem Fensterbrett standen einige Töpfe mit blühenden Blumen. Auf der einen Seite sah ein alter Mann mit silberweißem Haar und einer Brille, der in einem Buche las, und ihm gegenüber ein junges Mädchen, das mit einer Handarbeit beschäftigt war.

(Fortsetzung folgt.)

fast täglich treten neue Werkvereine hinzu. Die bevorstehende Tagung wird Aufschluß geben über den augenblicklichen Stand und die Aufgaben der wirtschaftsrechtlichen (gelben) Arbeiterbewegung.

Dass vom Regierungsblatt die Christlichen mit den freien Gewerkschaften und den Hirsch-Dunckerschen in einen Topf geworfen werden, wird den christlichen Arbeiterführern sehr unangenehm sein. Im übrigen ist gut, wenn über die bisher im Verborgenen blühenden gelben Verbände etwas mehr als bisher an die Öffentlichkeit dringt.

Seitdem die Christlichen Gewerkschaften in richtiger Erkenntnis ihrer Entwicklung zum Prinzip des Streikbruchs ihre Firma durch den Zusatz „national“ erweitert haben, ist den Gelben „Nationalen“ bange geworden vor der starken Konkurrenz und sie haben sich, um Verwechslungen mit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ vorzubeugen, die Bezeichnung „wirtschafts-friedliche-nationale Arbeiterbewegung“ zugelegt.

Diese „Bewegung“, die in Wahrheit die organisierte Trägheit ist, hielt ihre diesjährige Tagung in Essen ab. Die Macher hofften, im Mittelpunkt des westlichen Industriegebietes, wo unter den Hunderttausenden von Arbeitern selbstverständlich etliche Tausend von Natur „gelbe“ Geister herumlaufen, ihrer von den Unternehmern heißgeliebten Sache besonderen Glanz zu verleihen. Aber sie haben ein Fiasko erlitten, wie schon im vorigen Jahre. Das Hauptstück des gelben Kummels, der sonntägliche Festzug, umfasste nicht einmal sozial Teilnehmer, als der Kruppische „nationale Arbeiterverein“ angeblich an Mitgliedern ganz allein zählt. Gut gerechnet waren es etwa 4500 Mann. Und doch waren die genugsamen Nationalen aus dem weitesten Umkreise zusammengezogen worden. Etwa der Umkreis Düsseldorf, Krefeld, Recklinghausen, Dortmund, Hagen, Elberfeld bezeichnet das Gebiet, aus dem die gelben Wölfer zur Demonstration zusammengezogen waren. Umso größer war das Gefühl der zum überwiegenden Teile in Unternehmern stehenden „Führer“; sprach doch der Festredner vor dem Denkmal eines Potentaten von dem „beispiellosen Erfolg“ der Wertvereinsbewegung!

Der äußeren Aufmachung entsprach der Wert der Beratungen des Vertretertags, die sich von Freitag bis Montag hinzogen. Bemerkenswert ist, daß die Obergelben im Gegensatz zu früher aus ihrem Herzen keine Mördergrube machten und ungeniert ein Zuchttausege forderten. Der Vorsitzende des gelben Bundes, ein gewisser Schönecht aus Berlin, begrüßte in seinem Jahresbericht den zu Anfang dieses Jahres im preussischen Landtage gestellten Antrag auf Einbringung eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen. Damit schien eine alte Forderung der Wertvereine ihrer Verwirklichung einen Schritt näher gekommen. Leider habe aber dieser Antrag einen praktischen Erfolg nicht gehabt.

Der christlichen Gewerkschaftsbewegung wurde für den schwachen Massenstreik beim Bergarbeiterstreik eine Anerkennung ausgesprochen, im übrigen aber über die zunehmende Streiklust der sozialdemokratisch verheßten Arbeiter „gejamert“. Daß die alte Litanei über den „gewerkschaftlichen Terrorismus“ nicht fehlte, bedarf kaum der Erörterung.

Der „beispiellose Erfolg“ der Gelbenbewegung dokumentiert sich darin, daß der ganz Deutschland umfassende „Bund Deutscher Wertvereine“ gegenwärtig 113 Vereine mit 85 000 Mitgliedern zählt. Gegen das Vorjahr sollen es 30 000 Mitglieder mehr geworden sein, doch sind diese im wesentlichen durch Anschluß bereits bestehender Vereine gewonnen, von denen heute noch 100 mit etwa 20 000 Mitgliedern abseits stehen. Die Gesamteinahmen der Bundeskasse betragen 1911 5088,55 Mk., die Ausgaben 4198,05 Mk. Wahrscheinlich ein „beispielloser“ Erfolg! Auf der Tagesordnung stand auch die Berichterstattung der Vertreter aus den Hauptbezirken der Wertvereinsbewegung, die aber abgesetzt wurde — jedenfalls wegen der unnennbaren Fortschritte der Unternehmerrückgruppierung.

Ein Antrag Magdeburg, die Regierung zu ersuchen (1), keine neuen Umsatzsteuern (wohl Konsumsteuern?) den Arbeitern aufzuerlegen, wurde vorsichtshalber wegen des „unpolitischen Charakters“ der Wertvereine in den Hauptauschluß, der am Montag geschlossen tagte, ausgeschlossen. Ein weiterer Antrag desselben Vereins wünscht gesetzliche Maßnahmen gegen die sozialdemokratischen Redakteure, die sich für die Zahlung der Gerichtskosten nationaler Klagebolbe bekaufen. Für die gesamten, dem Bunde angeschlossenen Vereine soll nach Möglichkeit ein einheitliches Statut durchgesetzt werden. Schließlich wurde der Versuch gemacht, die zwischen dem Wertvereinsbunde und dem Hauptauschluß der „wirtschafts-friedlichen-nationalen Arbeiterbewegung“ bestehenden Differenzen zu beseitigen; man mußte aber keinen anderen Ausweg, als den Hauptauschluß zu ersuchen, künftig Schädigungen der Berliner Wertvereine zu vermeiden.

Außer diesen Beratungen fand noch eine Anzahl Festkommerse, Fahnenweihen und dergleichen Rummel statt.

Aus dem Gerichtssaal.

Der neueste Spionageprozeß. Am Montag stand die 28 Jahre alte Tochter Elsa des Kaufmanns Hugo Wigner zu Fort vor dem Reichsgericht; sie wurde im November 1911 auf dem Hauptbahnhofe zu Wosen verhaftet, weil sie versucht haben soll, Schriften und Zeichnungen über die Festung Wosen an Rußland zu verkaufen. Sie hatte die Pläne aus der Wohnung des Festungsbaufeldwebels Schröder gestohlen. Die Angeklagte wurde wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, 12 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Ein entsetzliches Eisenbahnunglück ereignete sich am Sonntag, 30. Juni, nachts gegen 12 Uhr, bei Schmiebedelfeld in Schlesien. Um 11 Uhr 40 Minuten hat nach einer amtlichen Meldung der Zug 674 auf der Strecke Breslau-Glogau bei dem Posten IV einen mit einer Anzahl Personen besetzten Krenser überfahren. Fünf Tote sind geborgen worden. Vier Schwerverletzte wurden mit dem Pilszuge, der gleich nach 1 Uhr an der Unfallstelle eintraf, nach Breslau geschafft. Die Leichtverletzten wurden von dem Arzte, der im Zuge war, verbunden; sie fuhrten mit andern Krensern nach Breslau. Die Anzahl der Leichtverletzten ist unbekannt. Die Schuld an dem Unglück ist angeblich auf Unachtsamkeit des Schrankenwärters zurückzuführen. Der Krenser war größtenteils von Beamten der Schlesischen Landwirtschaftskammer besetzt, die mit Familien und Gästen in mehreren Wagen einen Ausflug nach Stabelwitz machten. Von den bei dem Unfall Schwerverletzten sind zwei verstorben, so daß also die Gesamtzahl der Toten sieben beträgt. Die meisten Schwerverletzten haben schwere Schädel- und

Beinbrüche erlitten. — Die Breslauer Omnibus-Gesellschaft teilt zu dem Unfall noch mit: Sonntag machte der hiesige Klub „Turnee“ eine Vergnügungsfahrt. Spät abends lehrte er auf Krensern zurück. Bei Deutsch-Bissa mußten die Ausflügler über ein Eisenbahnkreuz fahren. Die Schranke war offen. Kaum befand sich ein mit ungefähre zwanzig Personen, Männern, Frauen und Kindern dichtbesetzter Krenser auf den Schienen, als der Schnellzug heranbrauste und den Krenser überfuhr. Der Zug befand sich in voller Fahrtgeschwindigkeit. Der „Breslauer Zeitung“ wird von anderer Seite noch mitgeteilt, daß der Zug, der das Unglück verursachte hat, auf dem Hauptbahnhof um 11 Uhr 22 Minuten Übergang Schmiebedelfeld soll durch ein Versehen des Bahnwärters zu spät geschlossen worden sein. Derselbe gab an, gelesen und das Signal überhört zu haben. Er verübte einen Selbstmordversuch. Die Pferde des Krenfers, der ein Opfer der Eisenbahnkatastrophe wurde, kamen noch heil über die Schienen hindüber. Der hintere Teil des Krenfers wurde aber von dem heranbrausenden Zuge erfasst und total zertrümmert. Fünf Insassen waren sofort tot, vier weitere schwer verletzt. Eine Anzahl Männer und Frauen ist leicht verletzt. Der zertrümmerte Krenser liegt noch an der Unfallstelle, ebenso die Leichen der bei der Katastrophe tödlich Verunglückten. Die Fortschaffung kann erst erfolgen, nachdem die sofort benachrichtigte Gerichtskommission in Breslau eine Lokalinsektion vorgenommen hat. — Von dem Personal der Schlesischen Landwirtschaftskammer wurden bei dem Eisenbahnunglück die Beamten Wilsch, Hermann Staesche und Marx getötet. Von den Schwerverletzten sind bis jetzt drei gestorben. Die Zahl der Toten erhöht sich damit auf acht.

Wie es gemacht wird! Wilhelms II. Ältester hat ein gründerbundes Buch mit allerhand „Jagdgeschichten“ herausgegeben, das in der Presse, insbesondere der „entschieden liberalen“, mit Donnerstrahlen reinsten Entzückens begrüßt und über den Schellenkönig gepriesen wurde. Dabei zeigte sich aber — für den Kenner schornalthischer Methoden allerdings nicht überaschend — eine merkwürdige Übereinstimmung dieser „Originalkritiken“, nicht nur in der Lobhudelei, die ja bei der Byzantinerei der „Entschieden“ ganz selbstverständlich ist, sondern auch im Wortlaut. So fiel zum Beispiel auf, daß die „Neue Hamburger Zeitung“ genau dieselbe „Besprechung“ brachte, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“. Nun schildert letztgenanntes Blatt, vielleicht im Ärger über den Reinfall, ausführlich, wie die Lobfabrik eingerichtet wurde und wie sie arbeitete. Nach dieser Darstellung suchte sich die Deutsche Verlagsanstalt einen kleinen Kreis bekannter Tageschriftsteller aus, mit denen sie bestimmte Verträge abschloß, und übergab ihnen und nur ihnen allein die Bogen des im Druck begriffenen Buches. „Auf den so organisierten Kritiker ring wurden die in Frage kommenden größeren Zeitungen verteilt, ohne daß manes für nötig hielt, sie um ihre Zustimmung zu befragen. Die selbständige Kritik der Tagespresse wurde auf diese Weise einfach kalt gestellt und die Berichterstattung für einige wenige, dem Verlage genehme Schriftsteller monopolisiert. Die Rechnung — es handelt sich für uns hier lediglich um das Prinzip, nicht etwa um den Aufsatz, der uns auf diese Weise zugänglich gemacht wurde, und den wir trotz allem nicht in die Druckerei gegeben hätten, wenn wir nicht durchaus mit ihm hätten zufrieden sein können — war ganz folgerichtig aufgebaut auf dem Konkurrenzzwang, der unter den irgendwie in Betracht kommenden größeren Zeitungen besteht und sie in diesem Falle zu blindem Zugreifen ohne weiteres nötigte. Schweigend mußte man sich selbst der in bisher nie erhörter Weise gestellten Forderung des Verlags fügen, die die Unabhängigkeit des Kritikers abhängig machte von der Verpflichtung im Falle vorzeitigen Abdrucks eine Konventionalstrafe von 5000 Mk. zu zahlen. Diesmal ist die Sache geglückt, da die Aktion in aller Stille vorbereitet worden ist und der Presse, die im letzten Moment vor vollendete Tatsachen gestellt wurde, nur übrig blieb, zum bösen Spiel gute Miene zu machen. Im andern Falle würden wir versucht haben, mit andern, in gleicher Weise beteiligten und benachteiligten Zeitungen uns über ein gemeinsames Vorgehen gegen solche unerbetene Bevormundung zu verständigen. Jedenfalls sind wir nicht willens, uns gelegentlich bei ähnlichem Anlaß eine Wiederholung gefallen zu lassen. Ein Kritikertrutz unter Leitung der Buchverleger wäre das letzte, wozu wir ja und Amen sagen würden. Im Interesse des Ansehens und der Selbständigkeit der deutschen Tagespresse würden wir es gegebenenfalls für das geringere Übel halten, die „Frigidität“ einmal ausnahmsweise hintanzustellen und einen Bericht erst dann zu bringen, wenn das vorliegende Buch uns die Möglichkeit gibt, selbständig zu urteilen. Einmal und nicht wieder!“ — So das Blatt, das die Erfahrungen auszuwählen wagt. Was werden nun, nachdem der Kritikertrutz, die vom Verlag vorgeschriebene und durch die Vermittlung des Trutz gelieferte fabrikmäßige Lobhudelei an die Öffentlichkeit gebracht worden ist, sagen? Die „entschieden liberalen“ besonders, die gelegentlich mit dem „Männerstolz vor Fürstenthronen“ prunken? Aber das schlimmste, das allerschlimmste für die bürgerliche Presse Deutschlands ist, daß keines, aber auch keines der „großen“ Blätter den elenden Walschjettel des Trutz einfach in den Papierkorb warf, um eine wirklich objektive Besprechung des Buches, nach dem dies vorlag, zu veranlassen — wenn die Jagdgeschichten überhaupt einer ersten Besprechung wert sind, was wir nach den mitgeteilten Proben energisch bezweifeln. O Byzanz, mein Vaterland!

Was die Pflicht und Schuldigkeit eines preussischen Gendarmen ist. Während des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet hatte ein Gendarm in Buer einen Bergmann, dem er an zwei verschiedenen Tagen auf menschenleerer Straße begegnete, ohne jegliche Veranlassung angefahren, er solle machen, daß er fortkomme, wenn ihm sein Leben lieb sei. Unter groben Beleidigungen schwang er seinen blanken Säbel über dem Haupt des Bergmanns und drohte mit Schädelspalten. Der also Bedrohte führte beim Regierungspräsidenten in Münster Beschwerde. Die Antwort, die er darauf vom Landrat des Kreises Recklinghausen, einem Grafen von Meerfeld, erhielt, darf als ein Kulturdokument gelten; sie lautet nämlich: „Ihre an den Herren Regierungspräsidenten in Münster gerichtete und von diesem an mich zur Verfügung abgegebene Beschwerde vom 7. April 1912 muß ich als unbegründet zurückweisen. Nach den angestellten Ermittlungen hat der Gendarmrie-Wachmeister Agrott in Buer nur seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Sein Vorgehen gibt mir zu einem Einschreiten gegen ihn keine Veranlassung.“ Man beachte: der von dem Beschwerdeführer dargestellte Sachverhalt, wonach er von dem Hüter des Gesetzes und der Ordnung ohne jeden Anlaß beleidigt und wiederholt mit Todschlag bedroht worden ist, wird nicht bestritten, die Richtigkeit des Sachverhalts wird vielmehr stillschweigend zugegeben. Und dann die Entscheidung: Der Gendarm hat nur seine Pflicht und Schuldigkeit getan!

Ein nettes Pfändchen. Einen unerwarteten Ausgang nahm eine Anklage, welche das Schwurgericht Berlin-Mitte beschloß. Wegen Diebstahls war die bisher unbescholtene Schneiderin Adith S.

angeklagt. — Die Angeklagte war beschuldigt, einem Gan Lungegehilfen Felix R., angeblich nach einem ärztlichen Ratschlag, ein Zwanzigmarkstück gestohlen zu haben. Das Verfahren hätte ungewisselhaft mit der Verurteilung des Sch. geendet, wenn nicht ein unerwarteter Zwischenfall eingetreten wäre. Es meldete sich plötzlich der Rechtsanwalt Dr. Karl Löwenthal, der in einem anderen Sitzungsszimmer zu tun hatte, und erklärte folgendes: „Ich habe zufällig auf dem Korridor den ihm bekannten Handlungsgesilfen Felix R. gesehen, der schon wiederholt in ganz ähnlichen Sachen als Belastungszeuge aufgetreten sei. Es bestehe der Verdacht, daß R. ganz gewerksmäßig junge unbescholtene Mädchen, an die er sich herandränge, die diebstahls beschuldigt, um sie seinem Willen gefügig zu machen. Erst vor kurzer Zeit sei R. in eine Sache als Zeuge aufgetreten, in der er die Tochter hochanständiger Leute des Diebstahls beschuldigt habe. Das junge Mädchen, welches in der Freizeitschrift dem Selbstmord nach gewesen sei, sei schließlich freigesprochen worden. Es sei ihm ferner bekannt, daß R. auch in mehreren anderen Fällen junge Mädchen des Diebstahls beschuldigt habe, die dann vielleicht unschuldig verurteilt worden seien. Das zuständige Polizeirevier, bei welchem R. wiederholt berartige Anzeigen erstattet, habe sogar schon in einem Falle ein Einschreiten abgelehnt.“ Das Gericht beschloß unter diesen Umständen doch erst weitere Ermittlungen bezüglich der Glaubwürdigkeit des R., der sich zurzeit in einem Sanatorium in Charlottenburg aufhält, anstellen zu lassen.

Der General der Dominikaner vor Gericht. Aus Rom wird geschrieben: Ein Dominikanermönch namens Trischitta hat gegen den General seines Ordens eine Schadensersatzklage anhängig gemacht, die zurzeit vor dem römischen Appellationsgericht verhandelt wird. Vor einigen Jahren wurde der Mönch Trischitta an die hiesige kirchliche Hochschule des hl. Thomas von Aquino als Lehrer der Philosophie berufen. Diese Berufung, die nicht durch den General des Ordens, sondern durch eine andere Instanz erfolgt, trug ihm die Feindschaft seiner Vorgesetzten ein, die diese Stelle gern einem Franzosen oder Deutschen zugedacht hätten, da diese beiden Nationen im Dominikanerorden das Übergewicht haben. Es wurde daher dem Mönch geraten, die Stelle nicht anzutreten. Als er dem Rat folgte, wurde er in Rom in jeder Weise verfolgt. Man verweigerte ihm ärztlich verordnete Räder unter dem Vorwande, daß der Orden für sie zu arm wäre. Während der Mönch krank war, wurde er im Hochsommer dienstlich nach Sizilien geschickt. Da er bei einer höheren kirchlichen Instanz vorstellig wurde, setzte es der General durch, daß der Mönch bei seinen Ausgängen von zwei Polizisten, die die römische Polizeidirektion zur Verfügung stellte, beobachtet wurde. Auch seine Korrespondenz wurde widerrechtlich geöffnet. Schließlich stieß man ihn unter Androhung von Gewalt aus dem Orden aus und machte den kranken und mittellosen Mann obdachlos. Der beklagte Dominikanergeneral Cormier macht geltend, daß der Dominikanerorden in Italien aufgehoben ist und also keine juristische Existenz hat, wogegen der Privatkläger anführt, daß der Orden tatsächlich besteht, was er dadurch beweist, daß die Dominikaner unlängst in Rom einen Hauptplatz für drei Millionen Lire erworben haben. Weiter hebt der Beklagte hervor, daß die Ausstoßung des Mönches direkt vom hl. Stuhl verfügt wurde, also auf Grund des Garantiegesetzes zu keiner Rechtsmaßnahme Anlaß geben kann. Die Rechtsvertreter des Privatklägers entgegneten darauf, daß das Garantiegesetz den Papst und seine Organe nur in bezug auf ihre Maßnahmen religiöser Natur außerhalb der weltlichen Gerichtsbarkeit stellt, daß aber die zivilrechtlichen Folgen, die die Ausführung der religiösen Maßnahmen nach sich ziehen, nicht der Immunität des hl. Stuhles teilhaftig werden können. Ein treffendes Beispiel christlicher Toleranz und Nächstenliebe.

Der hochfeste Korpskommandant. Aus Munkacs in Ungarn wird ein aufsehenerregender ganz ungewöhnlicher Vorfall gemeldet: Der Feldmarschalleutnant und neue Korpskommandant Ritter von Borovic inspizierte die Garnison von Munkacs. Nach der Inspektion reichte er den Offizieren die Hand, nur den Oberstleutnant Hirtl übergab er, indem er zu ihm sagte: „Sie Herr Oberstleutnant, entbinde ich von der Teilnahme an dem mit zu Ehren gegebenen Festbankett!“ Der Oberstleutnant schlug die Hände zusammen und entfernte sich schweigend. Als dann das Bankett im vollen Gange war, wurde der Feldmarschalleutnant von einer Ordonnaus verständigt, daß ihn im Vorraume eine Dame dringend zu sprechen wünsche. Der Feldmarschalleutnant erhob sich und ging hinaus. Die Dame trat ihm entgegen, es entspann sich ein kurzer Wortwechsel und plötzlich flachte es auf, die junge Dame hatte dem Feldmarschalleutnant eine tüchtige Ohrfeige versetzt. Sie ist die Tochter des Oberstleutnants Hirtl. Dieser Offizier hatte nach dem Tode seiner ersten Frau seine Röhlin geheiratet, war also eine Ehe eingegangen, die ihn in dem Kreise des Offizierskorps gesellschaftlich unmöglich machte. Jetzt wird er wohl schließlich um seinen Abschied einkommen müssen. Denn so will es der „Chrbegriff“ der Offiziere! Aber das Mädchen, das den Korpskommandanten ohrfeigte, hat ein feineres Ohrgefühl bewiesen, indem es die indirekte Beschimpfung ihres Vaters und ihrer Stiefmutter ahndete.

Sturmverheerungen in Kanada. Bei dem Wirbelsturm, der Regina, die Hauptstadt der Provinz Saskatchewan verheert hat, sollen nach weiteren Nachrichten 200 Personen getötet oder verletzt worden sein. Der Schaden beträgt mehrere Millionen. Eine Reihe Holzhäuser an den Straßen wurden vom Sturm weggerissen, und es brach Feuer aus. Rettungskorps graben die Verunglückten unter den Trümmern ihrer Heimstätten hervor. Der Verkehr auf der kanadischen Pazifischen Bahn ist unterbrochen. Der Ozean hat nur kurze Zeit gedauert, doch ist der ganze nördliche Stadtteil zerstört worden. Darunter der Waggonschuppen der Canadian Railway Company.

Kollision zweier Straßenbahnwagen. Aus San Sebastian wird berichtet: Bei Andoain stießen zwei Straßenbahnwagen zusammen, wobei 23 Personen mehr oder weniger verletzt wurden.

Eine verunglückte Hochzeitsfeier. Bei der Hochzeitsfeier eines Gutsbesizers in Cottammarada entzündeten sich durch Zufall mehrere zu Freudenstößen bestimmte Petarden vor der Kirche. Der Bräutigam wurde schwer verwundet, eine Person wurde getötet.

Dressfeste. In Spanien scheint man den Dress noch für heilig zu halten, und jeder, der sich den Leib mit Wasser und Seife gründlich wäscht, kommt leicht in den Geruch, ein modernistischer Reher zu sein. Der Geist Wlilam des Zweiten, der 1866 gegen den Gebrauch der Wäder mit schärferen Geld- und Kettenstrafen einschritt, scheint noch auf diesem unglücklichen Wege zu liegen. Trug sich doch noch jüngst dort folgende Begebenheit zu, die Dr. Ernst Schürke im Junifest des März in dem Aufsatz: „Vom Baden in Spanien“ berichtet. Einer Volksschullehrerin Maria Macias wurde in Bilbao von einer aufstrebenden Gruppe „Cittio“ ein Geschenk als Anerkennung für einen anregenden Vortrag über ihre englischen Schulstufen überreicht. So geehrt hat indessen,“ so berichtet Dr. C. Schürke.

mdge den Betrag der ihr zugehörigen Gabe lieber dazu verwenden, in der Volksschule, die sie leitete, ein Badezimmer für Schulkinder einzurichten. Der Vorstand von „El Sittio“ war mit Freuden dazu bereit. Er richtete daher an den Gemeinderat ein Gesuch, sein Vorhaben zu genehmigen. Die Frage wurde darauf der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung übergeben. Der Sozialist Carretero trat warm für die Genehmigung des Gesuches ein; er beantragte außerdem, daß die Stadtverwaltung das Badewasser umsonst liefere. Die klerikalen Mitglieder jedoch erhoben lebhaften Protest. Der Karlist Acebal rief mütend: „Was ist das wieder für ein Unsinn, eine Schule in eine Badeanstalt zu verwandeln?“ Ein ultramontaner Stadtverordneter Torre hielt eine wütende Rede gegen den sozialistischen Antrag, gegen die übergeschnappte Senorita Maestu, gegen den Fortschrittverein „El Sittio“ und endlich vor allem auch gegen die kulturwidrige Leidenschaft, sich zu baden. Denn „das Baden ist ein Luxus und dient, wie jeder Luxus, dazu, die Menschen zu verderben“. Als darauf der stellvertretende Bürgermeister Elguezebal das Wort ergriff, wurden seine beiden Vordredner noch überstürzt. Elguezebal ist Advokat, hervorgegangen aus der Jesuitenschule von Denko. So suchte er zu beweisen, daß das Baden „mit der Moral unvereinbar“ sei. Menschen, die in ihrem Raffinement so weit gehen, sich mehr als das Gesicht und die Hände zu waschen, lästern damit Gott und profiturieren sich selbst. Ich habe in meinem Leben noch kein Bad genommen und ich bin überzeugt, daß die Mehrzahl in dieser ehrenwerten Versammlung dasselbe von sich sagen kann!“ — Wahre Mutterherzen!

Dienstlich vorgeschriebene Krankheitsdauer. Im Reichsamt ist man sehr sparsam, — wenn es sich um das Gesamtpersonal handelt. Das zeigt erneut dieser uns aus Straßburg zugehende Erlaß:

Kaiserliche Oberpostdirektion.
Straßburg i. El., Mai 1912.

An die B. A. des Bezirkes.
Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß von den Ärzten in den Bescheinigungen über die Erkrankung des Personals häufig recht lange Zeiträume für die voraussichtliche Dauer der Dienstunfähigkeit der Erkrankten angegeben werden. Hierdurch werden die Beamten leicht verleitet, sich bis zum Ablauf des im Zeugnis angegebenen Zeitraums vom Dienste fernzuhalten, obwohl sie von ihrer Erkrankung schon wieder hergekehrt sind. Die B. A. werden deshalb angewiesen, in den dazu geeigneten Fällen bei dem behandelnden Arzte unter Hinweis auf etwaigen Mißbrauch des Personals darauf hinzuwirken, daß als voraussichtliche Dauer der Dienstunfähigkeit abgesehen von besonders schweren Erkrankungen stets zunächst nur kürzere Zeiträume, z. B. 8—14 Tage angegeben werden. Etwasige Verlängerungen der Kräfte werden im allgemeinen nennenswerten Schwierigkeiten nicht begegnen.

Unter schrift.
Also dienstlich vorgeschriebene Krankheitsdauer! Kräfte hat damit den Vogel abgeschossen. Wie sich wohl die Beamten und die Ärzte zu dieser Liebeshörigkeit stellen werden? Werden die Beamten Kräfte eine Dankadresse für ihre Einschätzung als Simulanten und faule Drückeberger senden? Und die den Krankenfällen gegenüber so empfindlichen Ärzte? Stecken Sie diesen Eingriff in ihre ärztlichen Funktionen und das damit verbundene Mißtrauensvotum ruhig ein? Vermutlich!

Auto in eine Militärschlange hineingeraht. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich in der Umgebung von Krakau. Der Universitätsprofessor Rutkowski, der mit seinem schweren Tourenauto von einer Aderlandsfahrt zurückkehrte, fuhr in vollem Tempo in eine auf der Chaussee marschierende Soldatenabteilung. Die Mannschaften sprangen zur Seite, doch erfaßte das schwere Auto eine Soldaten, schleifte ihn eine Strecke weit mit und ging über den Unglücklichen hinweg. Als das Auto zum Stehen gebracht wurde, ergab es sich, daß der Soldat buchstäblich zu Tode gegugelt war. Prof. Rutkowski stellte sich selbst den Behörden, doch ist er vorläufig auf freiem Fuße belassen worden.

Der Flirt im Bade. Eine ganz neue Berufsart tritt in diesem Jahre in Erscheinung. In den Bädern an der Nord- und Ostsee haben sich, wie die „Krieger Jtg.“ mitteilt, Personen niedergelassen, die ihres Reichens Dekorative sind und ihre Dienste durch Zirkulare, Bekanntmachungen usw. anbieten. Eine größere Anzahl der Bessersituierten, bei denen vorausgesetzt wird, daß sie den Sommer an der See verbringen, ist dieser Tage mit solchen Zirkularen heimgejagt worden. Unter Aufsührung der bisherigen „Erfolge“ wird unauffällige Beobachtung der im

Bade wettenden besseren Gehälte angeboten unter der Zusicherung, daß eventuell für eine Beschäftigung das erdrückende Beweismaterial herbeigeschafft wird. — Die armen Reichen! Nicht einmal am Flirt im Seebade können sie sich ungestraft ergötzen.

Spionage? Aus Luneville wird gemeldet: In der Nacht zum Montag wurde in dem Hause des soeben nach Luneville versetzten Brigadegenerals Laperreire de Haupepoint ein Einbruchsdiebstahl verübt. Ein Ordonnanzburche des Generals soll einen Mann im Arbeitsittel überrascht haben, als dieser aus zwei Fächern des Schreibtisches des Generals, die die Aufschrift „Mobilisierung“ und „Vertraulich“ trugen, mehrere Schriftstücke entwendete; doch hat der Einbrecher die Flucht ergreifen können. Gerüchtwiese verlautet, daß es sich um wichtige militärische Schriftstücke handelt.

Ein neuer Sittenfand in Frankreich. Wie aus Bontaise gemeldet wird, ist dort ein großer Sittenfand aufgedeckt worden. Die Sicherheitspolizei verhaftete zwei Frauen und deren Geliebten, die Kinder im Alter von 7 bis 12 Jahren anlockten und an Lebemänner verkuppelten. Die Angelegenheit erregt in der Stadt großes Aufsehen.

Schrecklicher Selbstmord. Auf schreckliche Weise hat in Wien der Schlossergeselle Leopold Förster seinem Leben ein Ende gemacht. Er begab sich in das Depot der Strassenbahn, setzte einen Wagen in Bewegung, sprang dann ab und drückte seinen Kopf gegen den Puffer eines auf demselben Gleise stehenden Wagens. Dem Unglücklichen wurde der Kopf völlig zerdrückt. Das Motiv der Tat ist Gram über den Tod seiner Mutter.

Bombenexplosion. In Armentieres, Departement Nord, explodierte im Hause des Photographen Vulteau eine Bombe, die kurz vorher dem Sohne des Photographen von einem etwa 14 Jahre alten Knaben in einem harmlos aussehenden Pakete gegeben worden war. Vulteau, seine Frau und sein Sohn erlitten schwere Verletzungen. Es handelt sich zweifellos um einen Racheakt.

Ein Abgeordneter als Betrüger. Aus Rom wird geschrieben: Der Rechtsanwalt Targioni, ein ministerieller Abgeordneter eines Wahlkreises von Toskana, ist soeben in Florenz wegen Unterschlagung und Betrug zu vier Jahren Gefängnis, vier Jahren Körperverlust und 400 Lire Buße verurteilt worden. Sein Mitangeklagter, Notar Cecchi, zu der Hälfte der Strafe. Targioni und seine Helfershelfer haben es sich seit mehreren Jahren angelegen sein lassen, den florentiner Grafen Bastogi, einen reichen Mann und Mäcen, systematisch zu plündern, was ihnen so gut gelang, daß der Millionär bankrott machte, während Targioni ein ansehnliches Vermögen erwarb. Nach italienischem Recht ist zur Urteilsvollstreckung eine neue Autorisation der Kammer erforderlich. Wird diese erteilt, was keinem Zweifel unterliegt, so geht Targioni seines Parlamentsmandats verlustig, da mit beginnender Urteilsvollstreckung auch der Ehrverlust beginnt und somit die Unfähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden.

Standesamtliche Nachrichten

vom 23. bis 29. Juni 1912.

Geburten.

- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
Juni: 18. Weinarbeiter D. G. Chr. Schewe. 19. Arbeiter P. G. P. Doeffl. Arbeiter G. A. Blath (Vorwerk). 22. Lokomotivheizer G. Chr. W. Scheel. Dachdecker A. B. G. A. W. Dührton. Steinbruder M. D. Eichbaum. 23. Arbeiter R. Mahndt. Buchdrucker B. Chudjinski. Buchhalter G. F. Schäfer. Schneider F. W. Neumann. 24. Kaufmann J. D. Heid. Arbeiter A. F. W. R. Berrth. 25. Eisenbahnwagenmottierer W. F. Chr. Käther (Zwillinge). Straßenbahnschaffner G. H. J. Raven. 26. Kaufmann R. W. M. Häuer. Maurer J. F. H. Herzon. 27. Arbeiter M. F. D. Pries. 29. Kataster-Landmesser B. R. Buchart.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

- Juni: 13. Hasenarbeiter J. F. A. Meister. 18. Arbeiter G. F. R. Wendelborn. 21. Zimmermann G. H. L. Th. Horstmann. Arbeiter G. F. W. Johanson. Kaufmann G. H. G. Eggers. 23. Arbeiter A. M. W. F. Großmann. Zigarrenarbeiter B. W. J. Faclam (Krempelsdorf). Bureaugehilfe G. W. A. Meyer. 24. Bäcker A. G. F. Gerbg. Arbeiter G. Grabowski. Tapezierer L. G. G. Junge. Lokomotivheizer G. H. J. Lepthien. 25. Assistent an der Senatskanzlei G. M. C. Krüger. Straßenbahnführer L. R. F. Barnekow. Maler A. B. Scheel. Kaufmann G. H. G. Speck. Schmied G. G. W. H. Reinke. 26. Arbeiter Chr. W. H. Niechtlag. 27. Eisenbahnassistent G. Schandendorff. 28. Lokomotivheizer F. W. H. Schlatow.

Ungeordnete Aufgebote.
24. Juni. Kaufmann R. H. F. Gasten und G. Steffens. Arbeiter J. Szurma und M. R. C. Ottermeyer. Clerk O. R. Sandin und A. Bette, beide in Hamburg. 25. Kellner G. R. Radke und M. W. S. Kröger. Eisenbrecher F. D. Thiene und G. M. S. Blohm. Arbeiter W. H. F. Martens und M. L. W. Dierl. Postbote J. Mueller und R. G. D. F. Brülls. Magazinverwalter F. W. G. Weber in Oberhausen und G. R. M. Kuhlmann. 26. Arbeiter B. Chr. Wehr und A. F. W. Diekmann in Fürstlich-Politz. Postbote G. F. W. Dohrendorf in Hamburg und G. M. D. Claassen. Telegraphenarbeiter F. H. W. Schlie und A. M. M. Denker in Breitenfelde. Kaufmann R. H. W. Schmaljohann und J. A. Flaep, beide in Hagen. 27. Bureaugehilfe R. J. H. Schlüter und J. W. L. Speck in Katenau. Viegefeldwede B. R. H. Drefemeyer und F. D. H. Miß. Arbeiter M. Brzykt und J. Czefakfa, beide in Hohenalza. 28. Regierungsbaumeister J. F. Th. Wacer und A. P. R. Deutschmann in Bries. Zimmermann G. H. R. Baukhan und M. B. M. R. H. Warnke. Arbeiter G. R. J. Wilten und Witwe W. A. L. Uppahl geb. Sandel. Kaufmann W. Schmidt und F. A. R. Rudolph. Schiffskapitän G. H. A. Underberg in Malmo und A. G. H. Siemers. 29. Schlachter R. J. H. Krieger in Herrenwyk und M. A. D. Chr. Siemann. Architekt O. Knaut und G. Lausche in Einbeck. Arbeiter G. H. W. Kröger und G. G. M. Ristenmacher. Arbeiter J. W. L. Volkow und Bronislama Kojinski. Bäcker P. H. J. Schacht und M. L. U. G. Nieland, beide in Hamburg.

Geschließungen.

27. Juni. Kaufmann R. H. Lang in Borlänge in Schweden und M. Th. R. Oldenburg. Kaufmann A. J. Wetterich und A. J. M. Schulz. 28. Bäcker W. J. F. Bartels in Dummerdorf und F. A. A. Rynst. 29. Arbeiter G. J. M. Chr. Schütt und Witwe B. R. M. Fied geb. Meyer, beide in Krempelsdorf. Tischler F. R. W. Wacendorff und F. S. R. Behrens. Kaufmann A. L. Ernst Casper und G. L. R. Andrae. Arbeiter J. Th. Kreidenberg und Witwe D. S. G. Jonas geb. Wähling. Schleifer A. W. J. M. Maass und L. Chr. M. Kalkmann. Lehrer G. Chr. Klebe und A. W. S. Schulz.

Sterbefälle.

21. Juni. G. Radke, 6 Mt. 22. Handlungsgehilfe G. A. Stiel, 46 J. L. M. L. geb. Steffen. Witwe des Arbeiters G. J. Hildebrandt, 65 J. F. G. A. geb. Martens, Ehefrau des Dachdeckers A. B. G. A. W. Dührton, 27 J. Kaufmann G. J. W. Behrens, 62 J. G. G. M. R. Moll, 2 Mt. 23. Arbeiterin G. Garbeke, 57 J. G. D. H. geb. Müller, Ehefrau des Privatmanns G. C. W. Ungebieler, 84 J. Dienstmädchen M. D. Fuit, 17 J. (Gieschendorf). 24. Ein Mädchen, 25 Tage. M.: Parkettleger F. G. C. Eler. Maschinenschlosserlehrling G. J. F. Wrieg, 15 J. M. Materna, 10 1/4 St. 25. B. A. F. Johannsen, 8 Mt. A. G. H. Johannsen, 8 Mt. Schriftfeger J. Koch, 62 J. Schneidermeister G. J. Ollmann, 67 J. B. M. geb. Rath, Ehefrau des Arbeiters W. G. R. Töllner, 28 J. (Vorwerk). L. M. Schlag, 7 J. L. A. geb. Dippe, Ehefrau des Tischlers L. A. F. Köpfe, 45 J. Ein Knabe, 6 Stunden. B.: Eisenbahn-Wagenmottierer W. J. Chr. Käther. 26. G. H. Miesen, 17 Tage. Wirtcher J. F. Chr. Stäcker genannt Jendel, 51 J. Privatmann W. M. J. Spethmann, 57 J. 27. Ein Knabe, 4 Stunden. B.: Arbeiter M. F. D. Pries. Arbeiter R. W. Leckenburg, 81 J. 28. Privatmann J. J. Eglauf, 72 J. Ein totesgeb. Knabe, B.: Arbeiter G. R. M. Heid. 29. A. G. Wibom, 1 J. Kaufmann F. A. C. Brisch, 53 J. Kaufmann B. G. F. Fröhling, 52 J.

Aus den Witzblättern.

Durch die Blume. Buchhalter (der bei seiner 25-jährigen Geschäftszugehörigkeit übergangen wurde): „Haben Sie das Schreiben dieses Waiers gelesen, Herr Rosenstein? — Chef: „Nein! Warum?“ — „Weil es das unverschämteste ist, das ich in den fünfundsiebenzig Jahren, die ich heute bei Ihnen bin, gelesen habe!“
Zimmerhin etwas. „Ist Willis Braut aus gutem Hause?“ — „Na— 's gehört ihr!“
Beim Arzenarzt. „Von der Medizin, die ich Ihnen verschreibe, nehmen Sie alle zwei Stunden einen Eßlöffel voll — Sie kriegen sie auf dieses Rezept hin gratis!“ — „Und den Eßlöffel?“
Verrechnung. „In dem elenden Neste wollen Sie sich als Zahnarzt niederlassen? Da möchte ich Ihnen aber sehr dringend abraten! — Aber ich bitte Sie, vor ungefähr einem halben Jahre hat mein Schwager doch dort ein feines Schokoladengeschäft eröffnet!“
Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



Jedes Heft ist reich illustriert!

Blut und Eisen

Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit von Hugo Schulz.

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen „Kulturbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschen gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die festgestellte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgrenellen, Soldatentypen, Spottbilder und Wappengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

In beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,** sowie deren Kolportage und Austräger.